

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Männer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckatoren Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeb.)  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher ReDAktor: Joh. Staningk, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Bremerstraße 11, 1. Etage.

Bereins-Anzeigen  
für die dreigeschossige Zeitungsseite über dem Raum 20 A.  
Zeitungs-Preisliste Nr. 8202.

Inhalt: Die Baugewerkszünftler und die Lehrlingszüchterei. — Reichstagssitzung über die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. Besammlungen und sonstige Bewegung. — Bom Bau: Unfälle, Arbeitszeit, Submissions etc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Einladungen. — Briefe. — Zentralverband der Maurer. — Central-Krankenkasse. — Anzeigen. — Feuilleton.

## Die Baugewerkszünftler und die Lehrlingszüchterei.

Die Novelle zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897, betreffend die sogenannte „Handwerksorganisation“, enthält im § 128 folgende Bestimmung:

„Wenn der Lehrberater eine im Misverhältnis zu dem Umfang oder der Art seines Gewerbedreiecks liegende Zahl von Lehrlingen hält und dadurch die Ausbildung der Lehrlinge gefährdet erscheint, so kann dem Lehrberater von der unteren Verwaltungsbehörde die Entlastung eines entsprechenden Theiles der Lehrlinge auferlegt und die Annahme von Lehrlingen über eine bestimmte Zahl hinaus unteragt werden.“

Unbeschadet dieser Bestimmungen können durch Beschluss des Bundesrates für einzelne Gewerbezweige Vorschriften über die höchste Zahl von Lehrlingen erlassen werden, welche in Betrieben dieser Gewerbezweige gehalten werden darf. Auch durch Anordnung der Landes-Zentralbehörde können solche Vorschriften erlassen werden. Soweit das nicht geschieht, ist nach § 120 die Handwerkskammer und die Innung zum Erlass solcher Vorschriften befugt.

Diese Bestimmungen sind allerdings nicht ausreichend, um der in vielen Zweigen des Handwerks grafienden Lehrlingszüchterei genügend entgegen zu treten. Innumerierbar bieten sie doch wenigstens eine Handhabe wider die fastesten Auswüchse dieses verderblichen Unwesens. Das Bundesrat und Landes-Zentralbehörden von ihrem vorliegend erwähnten Rechte Gebrauch gemacht hätten, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Auch haben wir nicht in Erfahrung gebracht, daß Innungen sich dazu verständigt hätten, die betreffenden einfrärmenden Bestimmungen zu erlassen. Wohl aber haben im vergangenen Jahre mehrere Handwerkskammern ihre Absicht zu erkennen gegeben, Fehlungen zu treffen über die zulässige Zahl von Lehrlingen im Verhältnis zur Zahl der Gesellen, sowie über die Dauer der Lehrzeit für die einzelnen Gewerbe. Diese Handwerkstannen hatten sich auch an den geschäftsführenden Ausschuss des „Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister mit dem Ersuchen um Änderungen hierüber resp. um Einreichung von Vorschlägen hinsichtlich des Baugewerbes“ gewandt. Der Ausschuss macht nun in Nr. 1 der „Baugewerks-Ztg.“ folgende Mitteilung:

„Es ist eine Umfrage bei den Unterverbänden und Innungen unseres Verbandes gehalten und über die Fragen auf dem diesjährigen Verbandsstage in München eingehend verhandelt worden.“

Wegläufig des ersten und bei weitem wichtigsten Punktes ist, man zu der Überzeugung gelommen, daß es äußerst schwierig ist, für das Baugewerbe mit Nüchtern auf die in demselben bestehenden eigenartigen Verhältnisse einheitliche Normen aufzustellen. — Die Zahl der Gesellen in den einzelnen Gesellschaften ist sehr schwankend; in einem Jahre werden sehr viele, in einem anderen sehr wenige Leute beschäftigt. In kleinen Orten, die in der Nähe von großen Städten liegen, möchte man den Meistern eine größere Zahl von Lehrlingen zugestehen, weil die leistungsfähigen Gesellen aus diesen Orten während der Bauzeit fast ausschließlich in den großen Städten arbeiten. — Wollte man diesen Meistern wesentliche Einschränkungen hinsichtlich der zu haltenden Lehrlinge auferlegen, so würde es manchen geradezu unmöglich gemacht werden, sein Geschäft weiter zu führen. — Bei Festsetzung der Zahl der Lehrlinge wird es doch häufig auch auf die Individualität des Meisters, aus die Art des Geschäfts und darauf ankommen, ob der Meister bei Ausführung der Arbeiten auf dem Werkplatz oder der Baustelle mit thätig ist oder die Arbeiten seitet und überwacht.

Die sogenannte Lehrlingszüchterei, die im Baugewerbe wohl kaum vorkommen dürfte, muß natürlich bekämpft werden, weil die sachgemäße Ausbildung darunter leidet. Dies ist aber ohne Erlass von Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen schon jetzt möglich, denn der § 120 des Gesetzes vom 26. Juli 1897 sieht vor, daß in derartigen Fällen dem Lehrberater durch die untere Verwaltungsbehörde ein Theil der Lehrlinge abgenommen und ihm die Annahme von Lehrlingen über eine bestimmte Zahl hinaus unteragt werden kann. Andererseits darf aber die Zahl der Lehrlinge nicht zu sehr beschränkt werden, denn hierdurch würde leicht ein Mangel an Gesellen eintreten, zumal die großen Baugeschäfte schon längst so gut wie keine Lehrlinge mehr annehmen. Aus wirtschaftlichen Gründen kommt hierbei sicher noch in Betracht, daß im Falle von Streiks die dringendsten Arbeiten durch die Barriere und Lehrlinge leichter fertiggestellt werden können, wenn Lehrlinge in nicht zu geringer Zahl vorhanden sind.

Aus den dargelegten Gründen hat sich die Delegiertenversammlung in München dahin ausgesprochen, die Handwerkskammern zu ersuchen, für das Baugewerbe vorläufig keine Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen festzulegen und die Regelung dieser Frage zunächst den Innungen zu überlassen, weil diese mit den hierbei in Betracht kommenden örtlichen Verhältnissen am besten vertraut sind.

Die verschiedenen Vorstände bitten wir, in diesem Sinne gefälligst vorzuhören zu wollen. Weiterungen irgend welcher Art würden hierdurch nicht entstehen, auch stehen gesetzliche Gründe dem nicht entgegen, denn der § 120 des Gesetzes vom 26. Juli 1897 erhebt neben den Handwerkskammern auch den Innungen die Befugnis zum Erlass solcher Vorschriften.“

An dieser Stellungnahme der Baugewerkszünftler haben wir einige Kritik zu üben. Es kann unbedenklich gegegeben werden, daß es schwierig sein würde, einheitliche Normen zu finden für die Bezeichnung der Zahl der zu haltenden Lehrlinge im Verhältnis zu der Zahl der beschäftigten Gesellen. In der That ist letztere Zahl eine sehr schwankende; sie hängt durchaus von der jeweiligen Lage des Baugeschäfts ab. Wir haben auch niemals dem Vorschlag zustimmen können, die Zahl der Lehrlinge, die ein Unternehmer halten darf, abhängig zu machen von der Zahl der in seinem Betriebe benötigten Gesellen. Denn die Verwirrlichkeit dieses Vorschlags würde darauf hinauslaufen, den Unternehmern, die viele Gesellen beschäftigen, geradezu ein Privileg auf ein erhöhtes Maß von Lehrlingsarbeit zuzugestehen. Es würde unter mehreren Gesichtspunkten ganz verfehlt sein, die Frage der Beschränkung des Lehrlingszahl in Rücksicht auf die vom einzelnen Unternehmer beschäftigte Zahl von Gesellen entscheiden zu wollen. Das würde zu unabsehbaren Weiterungen führen. Die Regelung läßt sich leichter und besser in anderer Weise treffen. Es ist notwendig, mit der Gesamtzahl der Gesellen im Baugewerbe, und zwar nicht nur der jeweils beschäftigten, sondern auch der arbeitslosen Gesellen zu rechnen. Denn die Lehrlingszüchterei ist nicht nur deshalb zu bekämpfen, weil sie unvereinbar ist mit dem Zweck der Lehre, der handwerklichen Ausbildung, sondern auch deshalb, weil sie zu einem Überschuss der handwerklichen Arbeitskräfte führt. Um zu erkennen, ob und inwieweit letztere Gefahr vorliegt, müßten genaue statistische Nachweisungen über die Zahl der Gesellen und die der Lehrlinge im ganzen Reiche nach Ländern, Provinzen und größeren Bezirken geordnet, zur Verfügung stehen. Solche amtliche Nachweisungen fehlen leider bis jetzt. Gestützt auf sie könnte man zu einheitlichen Normen gelangen, welche die Verhältnisse der gewisser eigenartigen Verhältnisse nicht ausschließen.

Entgegen der Behauptung des Innungsverbands-Ausschusses, daß die Lehrlingszüchterei im Baugewerbe „wohl kaum vorkommen dürfe“, muß gefragt werden, daß sie tatsächlich auch hier in erheblichem Maße sich vorfindet. Der Ausschuss selbst bestätigt ja diese Thatsache in geradezu drastischer Weise, indem er bemerkt, daß es den Meistern in kleineren

Orten durch wesentliche Einschränkung der Zahl der zu haltenden Lehrlinge unmöglich gemacht würde, ihr Geschäft weiter zu führen. Das heißt doch nichts Anderes, als daß diese Meister vorwiegend Lehrlinge beschäftigen. Es ist richtig, daß die leistungsfähigen Gesellen zum größten Theile sich nach den großen Städten wenden. Aber weshalb? Weil sie hier bessere Arbeitsbedingungen, höhere Lohn, längere Arbeitszeit finden. Es ist das vernünftige, durchaus berechtigte Bestreben der Organisation der Baugewerkszunft, diese Ungleichheit in den Arbeitsbedingungen möglichst zu beseitigen. Stichhaltige Gründe dafür, daß der Geselle in kleineren Orten zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen arbeiten muss, als der in einer Großstadt, lassen sich nicht beibringen. Und sehr entschieden müssen wir dem Versuch widersprechen, aus dem Vorwande, daß den Meistern in kleineren Orten weniger leistungsfähige Gesellen zur Verfügung stehen, für diese Meister geradezu ein Privileg der Lehrlingszüchterei und Lehrlingsausbeutung herzulegen. Ganz offen steht der Ausschuss des Innungsverbandes damit zu, daß es sich hier nicht mehr um eine Ausbildung von Lehrlingen handelt, sondern nur darum, die Arbeitskraft dieser jungen Leute dem Erwerbsinteresse des Unternehmers dienstbar zu machen. Ja, der Ausschuss ist unvorsichtig genug, für die Lehrlingszüchterei solche Rücksichten auf Fälle von Streiks geltend zu machen! Die abhängigen, völlig der Willkür des Meisters unterworfenen Lehrlinge sollen in solcher Zahl vorhanden sein, daß der Meister mit ihnen streitenden Gesellen trotz bestehen kann. Wenn die Baugewerksunternehmer überall dieser beispiellosen Erwagung praktisch Rechnung tragen wollten, so würde die Lehrlingszüchterei in heilloster Weise um sich greifen. Der Standpunkt, den der Ausschuss des Innungsverbandes hier einnimmt, die formelle Proklamation der Lehrlingszüchterei als Mittel des Widerstandes gegen Streiks, steht in schneidendem Kontrast zu dem sonstigen Bemühen der Baugewerkszünftler, sich als die Lehrlings-Ausbildung einzig und allein Bezugspunkt hinzutun.

Wollen die Handwerkskammern wirklich im Interesse des Handwerks, d. h. der Träger und Ausübung handwerklicher Tätigkeit, der Arbeiter des Handwerks in erster Linie, sich behaupten, so mögen sie unbefummert den Einspruch der Zünftler Gebrauch machen von ihrer gesetzlichen Befugnis, die Frage der zulässigen Zahl von Lehrlingen im Baugewerbe zu regeln. Gerecht, durchaus zweckmäßig, der Sachen entsprechend würde es sein, wenn sie dabei die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Arbeitserorganisationen in Anspruch nähmen. Den Innungen die Regelung dieser Frage zu überlassen, wie die Herren Felsch und Genossen es wünschen, würde nichts Anderes heißen, als auf die Regelung überhaupt zu verzichten.

Am Schluß der Mitteilungen des Innungsverbands-Ausschusses heißt es:

Was nun den zweiten Punkt, Festlegung der Lehrzeit für das Baugewerbe betrifft, worunter das Männer-, Zimmer- und Steinmetzgewerbe zu verstehen ist, so ist beschlossen worden, dieselbe im Allgemeinen auf drei Jahre festzulegen, wobei jedoch der Wunsch ausgesprochen wurde, unter beschränkter Lehrzeit auf zwei Jahre, wie auch eine Ausdehnung der Lehrzeit auf vier Jahre einzutreten zu lassen.

Die dreijährige Lehrzeit hat so im Baugewerbe seit längerer Zeit bewährt, sie ist fast überall zur Einführung langsam und bitten wir, deshalb auch diesen Beschlüsse Rechnung tragen zu wollen.“

Wir möchten gern in Erfahrung bringen, was für „besondere Verhältnisse“ es sein könnten, aus denen die Rechtfertigung einer Verlängerung der

Lehrzeit auf ein Jahr sich zu ergeben vermöchte. Für die Herabsetzung der Lehrzeit von drei auf zwei Jahre freilich giebt es der durchschlagenden Gründe genug, und zwar könnte diese Herabsetzung eine allgemeine sein. Für die Masse der Lehrlinge im Bau gewerbe ist das sogen. dritte „Lehrjahr“ thatsächlich gar kein Lehrjahr mehr in dem Sinne richtiger Bedeutung. Der „Lehrling“ leistet da, und in der Regel schon früher, bereits Arbeiten, die nicht der Lehre wegen ausgeführt werden. Wir verweisen auf die Ausführungen, die wir in den Nrn. 16—18; Jahrgang 1901 unseres Blattes, darüber gemacht haben. Da sagten wir u. a.:

Um es zu der handwerklichen Leistungsfähigkeit zu bringen, die sich beschränkend auf die gewöhnlichen Arbeiten, die meisten Lehrlinge nach Ablauf ihrer mehrjährigen Lehrzeit besitzen, da bedarf es bei Hebung einer solche Lehrlingarbeit nicht gar kein Lernen mehr, sondern nur im Werthe der gleichartigen Leistung im Interesse des sogenannten Lehrherrn, des Unternehmers, der diese Leistung dem Lehrling geringer begeht, als dem Gesellen. Der Lehrling entricht mit seiner Arbeit dem „Lehrherrn“ eine übermäßige Entschädigung, richtiger gesagt, einen Tribut dafür, daß dieser ihm in seinem Betrieb die Gelegenheit giebt, sich handwerkliche Fähigkeit einzurichten. Das dieses Verhältnis mit dem richtigen Begriffe der „Lehre“ garnicht zu thun hat, ist klar.

Logischerweise muß aus diesem Verhältnis gefolgt werden, daß es um so mehr geboten ist, an die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge heranzutreten.

### Reichstagsverhandlung über die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung.

Berlin, 17. Januar.

Die an den Reichskanzler gerichtete Interpellation, betreffend die Arbeitslosigkeit und die Bekämpfung derselben, gelangte heute im Reichstage zur Verhandlung. Es war das ohne Zweifel eine der wichtigsten und bedeutamsten Interpellationen, die das Parlament seit grauer Zeit beschäftigt haben. Befremdlich ist die große Anzahl, mit der wir jetzt uns abzufinden haben, nicht, wie frühere solche Erhebungen, plötzlich über Deutschland hereinbrechen. Sie liegt bereits vor anderthalb Jahren in deutlich erkennbarer Weise ein. Aber diese Anfänge erfuhren seitens der maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Faktoren keines überhaupt keine Beachtung, keines wurde ihr Ernst und ihr Bedeutungswert unterschätzt. Man sprach von einer „vorübergehenden leichten Stockung“ und entstieß sich über die politische und gewerkschaftliche Arbeitspresse, die bemüht war, die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Ernst der Lage zu lenken und die öffentlichen Gewalten zu veranlassen, rechtzeitig sich schlägig zu machen über gegen die mit Sicherheit zu erwartende gewaltige Arbeitslosigkeit zu ergreifenden Maßnahmen. Gegen die Arbeitspresse wurde der gewohnte Vorwurf erhoben, daß sie deabsichtlich, eine „plötzlich unnotizierte“ Aufregung herborzurufen. Den maßgebenden Elementen hing noch der Himmel voller Gelegen; die öftzlichsten Spuren pfiffen von den Dächern, daß zu Verstärkungen in Bezug der wirtschaftlichen Lage keine Veranlassung vorliege, und staatssichernde Politiker verbündeten die Männer-

und Warner als „überbesetzte Schwarzscher“ und malten die Zukunft rosigrot.

Indessen machte die Krise steile Fortschritte, nach monatenger Steigerung gestaltete sie sich seit Juli v. J. zu der ungeheuren Katastrophe aus, die auf alle Berufe, auf das ganze wirtschaftliche Leben unserer Nation sich erstreckt. Hochpost auf Hochpost kam aus allen Gegenden des Landes. Hochöfen wurden ausgeblasen, Fabriken wurden geschlossen. Arbeiter wurden entlassen. Betriebe, in denen im Jahre 1900 noch Mangel an Arbeitskräften und Überstundenarbeit die Regel bildeten, wurden erheblich eingeschränkt und zugleich erfuhr die Arbeitslosigkeit eine Verarbeitung. Andere Betriebe werden nur in Rücksicht auf den alten zuverlässigen Arbeitersammel, den man in Erwartung eines baldigen Endes der Krise nicht verlieren möchte, in Gang erhalten, ohne die Kosten zu decken.

Die Zahl der Arbeitslosen wählt beständig in steigenden Weise. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch den Übergang Arbeitsloser zu anderen Berufen kann nur in kaum nennenswerter Weise stattfinden. Die Landwirtschaft absorbiert einen Theil, während Tausende und Tausende Fabrikarbeiterinnen geworben sind, als Ersatz Unterherrschaft zu suchen. Aber für die Masse der Arbeitslosen gibt es keine Möglichkeit neuen Gewerbes zu finden, zumal sie nicht in's Ausland absiedeln können, weil auch dort, in England, Frankreich, Österreich, der Schweiz u. s. w. die Krise sich gellend macht. Und diejenigen Arbeiter, die noch förmlich sind, Arbeit zu haben, bliden mit Bangen in die Zukunft; denn nichts deutet mit Sicherheit darauf hin, daß der Tiefpunkt des Niederganges bereits erreicht ist. Wer weiß, wie weit dieser Tiefpunkt noch unter den jetzt schon so überaus trostlosen Zuständen liegt.

Was ist bis jetzt geschehen, den Arbeitslosen Brot und Beschäftigung zu verschaffen? An Versprechungen zur Hülfelieferung seitens der Vertreter beruhtener Behörden hat es seit den letzten Monaten des vorigen Jahres nicht geheißen. Diese Versprechungen gingen hauptsächlich dahin, die Inangriffnahme und Durchführung öffentlicher Bauten zu beschleunigen. Aber wir müssen die schon öfter von uns erhobenen Klagen wiederholen, daß seitens dieser Hülfe herzlich wenig zu bemerkern gewesen ist. Wohl aber müssen wir die Thatlache verdeutlichen, daß „staatsverhaltende“ Organe, an ihrer Spitze die „Kreuzzeitung“, in letzter Zeit sich nicht entblödet haben, die ungünstlichen Arbeitslosen, welche entwöhnt vom Nöthigsten, hungrig und elend auf der Suche nach Arbeit sind, als „arbeitsloses Gesindel“, als „freies Bagabundenthum“, das „vom Bettel leben will“, in schrofer Weise zu beschimpfen und brutale Polizeigewalt gegen diese Unglücklichen herauszufordern.

In Anbetracht all dieser Umstände gewinnt die sozialdemokratische Interpellation erheblich an Bedeutung, stützt und vertieft. Die Bedeutung liegt zunächst darin, daß sie gewissermaßen einen Prüfstein für die Ansichten und Absichten der regierenden Faktoren und staatsverhaltenden Parteien abgibt. Sie sind gezwungen worden, vor dem Lande, vor der ganzen Welt, und zu thun, wie weit ihr sozialpolitisches Verständniß, ihre wirtschaftliche Einsicht, ihr Können und ihr Willen reicht.

\* \* \*

Die Verhandlungen entwidmeten sich zu einer sozialpolitischen Debatte großen Stils. Nachdem der Staatssekretär des Innern,

Graf Posadowsky, erklärt hatte, die Interpellation sofort beworfen zu wollen, nahm zur Begründung derselben der Abgeordnete Bübäl das Wort. Seine Ausführungen gipfelten in der Hauptfrage in einer Darlegung der Maßnahmen, welche die sozialpolitische Regierung zu ergriffen hat, um den verhindernden Wirkungen der Krise zu begegnen. Dazin gehören: Soziale Regelung resp. Feststellung der Arbeitszeit für alle erwachsenen Arbeiter auf ein Maximum von zehn Stunden, so lange die achtstündige Arbeitszeit nicht zu erreichen ist. Gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises, welche die Regierung bereits vor 17 Jahren vertraglich hat, bis jetzt aber über das Stadium der Erwagungen nicht hinausgebracht hat. Weiter: Errichtung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung und zwar mit der Maßgabe, daß hier sowohl, wie beim Arbeitsnachweis, der Arbeitserorganisation die gebührende Mitwirkung gesichert wird. In seiner Verantwortung ließ Graf Posadowsky es sich zunächst anlegen sein, über die Resultate der vorgenommenen amtlichen Erhebungen, bei den Umfang der Arbeitslosigkeit, zu referieren. Nach den ihm zugegangenen Berichten der Behörden sind „nur einige“ Industriezweige von erheblichem Mangel an Arbeit betroffen, während andere „nur einen geringen“ Rückgang und noch andere sogar eine Steigerung erfahren haben! Die Unternehmer seien bemüht, Arbeitserlassungen möglichst zu vermeiden. Und ohne im Allgemeinen von einem erheblichen und außerordentlichen Umfang der Arbeitslosigkeit, von einer Nothlage nicht die Rede sein! Selbst Mitglieder der Rechten verfolgten diese Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs mit ungläubigem Erstaunen. Sie widersprachen in erheblichem Maße den Thatsachen. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit wieder einmal, daß von politischen Erklungen der in Nöthig stehenden Art keine befriedigende Rücksicht zu erwarten sind. Ubrigens bezog der Herr Staatssekretär sich auf ein Urtheil des Direktors des Statistik-Instituts, Schele, daß eine korrekte Kostensitzung, geradezu eine Unmöglichkeit sei. Sowiewig ist sie allerdings, und es mag zugegeben werden, daß sie nur vollständig und reichsweit möglichst kaum erfolgen kann. Aber bis an die Grenze dieser Unmöglichkeit kann sie gebracht werden; es ist sehr wohl möglich, sie so zu gestalten, daß ihre Richtigkeit den Umfang der Arbeitslosigkeit mit Sicherheit erkennen lassen. — Die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises will Graf Posadowsky „nach Möglichkeit“ fördern; die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung aber verzweigt er, und zwar hauptsächlich auf Grund der Erwagung, daß der versicherte Arbeiter, bei Voraussetzung der Notwendigkeit, die Arbeitslosigkeit freilich selbst herbeiführen könnte!

Vom Zentrum abgeordneten Dr. Hilde mühte Graf Posadowsky sich sagen lassen, daß seine Berichte über den Grad des Nothstandes stark optimistisch gefärbt seien. Die Arbeitslosigkeit, besonders in den Haushalten, habe einen viel größeren Umfang als nach jenen Berichten anzunehmen: Im Einfluß daran äußerte Herr Hilde den absonderlichen Gedanken: Die Arbeitslosigkeit resp. die aus derselben erwachsende Noth müsse auf dem Wege der Armenpflege beseitigt werden; es seien Nothstandsfoonds zu schaffen, aus denen der arbeitslose Arbeiter Vorschuß erhalten könne, der er später zurückzuzahlen habe! Neben dem mühten Kommune, Provinz, Staat und Reich Nothstandsarbeiten in Angriff nehmen;

### Weitgespannte Steinbrücken.

(Maßstab verboten.)

Hd. In heutiger Zeit, wo im Brückenbau mehr wie auf allen anderen Gebieten der Ingenieurbaukunst das Eisen die führende Rolle übernommen und die Steinkonstruktion fast in den Hintergrund gedrangt hat, erscheint es angebracht, der Steinbrücke wieder den ihr gebührenden Platz einzuräumen. Das die Steinbrücke durch die vielfach umstrittenen, das ältesten Gefüge direkt belegidenden Eisenkonstruktionen in der Neuzeit mehr und mehr vollständig verdrängt worden, ist vom künstlerischen Standpunkt sogar recht zu bedauern; allerdings muß dabei angemerkt werden, daß auch im Eisenbrückenbau mehr und mehr das Bestreben zum Durchbruch gelangt, neben der architektonischen Ausschaltung der Pfeiler und Widerlager auch durch eine geschickte Verteilung in den Hauptträgern die Wirkung auf den Betrachter zu einer höchst demeritiven zu gestalten. Nach dieser Richtung sind bisher schon recht demeritivische Ergebnisse erzielt, wie ein Vergleich neuerer Eisenbrücken mit solchen älterer Konstruktionen zeigt. Vom praktischen Standpunkte sind ja eiserne Brücken wegen ihrer Billigkeit gegenüber steinernen unbedingt vorzuziehen, sobald nicht ganz besondere Verhältnisse in Frage kommen. Bei ganz großen Spannweiten schließlich ist es meist gar nicht möglich, Steinbrücken auszuführen, obwohl auch nach dieser Richtung seit früher großer Fortschritte zu verzeichnen sind.

In alter Zeit wandte man als Bogenform meist den vollen Halbkreis, wie dies z. B. bei der alten Römerbrücke zu Alcantara in Spanien, die im Jahre 108 n. Chr. unter Trajan erbaut wurde, der Fall ist, oder Bögen von verhältnismäßig großer Stützhöhe an. Auch im Mittelalter hielt man noch meist an dieser Form fest; in der neuzeitlichen jedoch sucht man diese in Bezug auf Materialausnützung recht ungünstige Ausführungsweise möglichst zu vermeiden und geht mehr auf flache Bogenformen über. Natürlich ist dabei doch stets auf die besonderen Verhältnisse des Einzelfalles Rücksicht zu nehmen, so daß man manchmal auf noch ganz abnorme Konstruktionen stößt. Für größte Brück-

brücken, bei denen eine Reihe von Pfeilern ohne Schwierigkeit gelegt werden kann, findet man dementsprechend auch meist zahlreiche Bögen kleine Spannweite aneinander gelegt, die wenn die Höhe der Brücke bedeutender ist, auch wohl in mehreren Etagen übereinander angeordnet sind. Ein typisches Beispiel dieser Art ist die bekannte Göltzschbrücke, die im Jahre 1851 vollendet wurde. Technisch konstruiert ist auch die Seinebrücke am Point du jour zu Paris, bei welcher auf einen, aus zwei flachen, weitgespannten Stahlbögen gebildeten Unterbau noch zwei Etagen von gewölbekonstruierten kleineren Spannweite aufgesetzt sind.

Die größten Spannweiten, mit welchen steinerne Brücken bisher ausgeführt sind, liegen bei etwa 60 bis 70 Metern. Als die bedeutendsten Brücken dieser Art verdienen die folgenden genannt zu werden. Der Ballochmyle-Bau der Glasgow und Southwestern-Eisenbahn in England, der aus einem halbkreisförmigen Hauptbogen von einer Spannweite von 65 Metern und einer ganzen Reihe an kleinen anstoßender Nebenbögen besteht, der Bauduct du Gours-Noir mit 60 Meter Spannweite, die Brücke der französischen Südabahn über den Agout bei Labastide mit 61,5 Meter. Hier nach folgt die bekannte Brückebrücke der Eisenbahnlinie Stanislaus-Moronienda bei Zaramagno in Sizilien. Diese hat eine Spannweite des Hauptbogens von 65 Meter bei einer Brückenhöhe von 17,8 Meter und 2,10 Meter Bogenstärke im Scheitel. Seitlich schließen sich hier noch weitere Bögen von je zwölf Meter Spannweite an. Die Bogenbrücke zwischen Hauptbogen und Fahrbahn sind bei der recht beträchtlichen Höhe dieser Brücke mit einer Anzahl sechzehner Bögen, Spannweite, ausgefüllt. Die ganze, aus Sandstein erbaute Brücke hat zu ihrer Herstellung nur etwa 170 000 erforder, was sich durch die Billigkeit der Arbeitskräfte und des Baumaterials in der Gegend erklärt. Als zweite bedeutende steinerne Brücke folgt die große Grosvenorbrücke über den Dee in England. Die Spannweite des verhältnismäßig flachen Bogen der selben beträgt 61 Meter. Die sehr elegant wirkende Brücke besitzt noch an jeder Seite einen kleinen Anhängerbogen, ist im Übrigen jedoch vollkommen massiv durchgeführt. Als die größte, heute vor-

handene Steinbrücke ist die Catlin-Zehnbrücke bei Washington mit einer Spannweite von 60,5 m und einer Stützhöhe von 17,8 Metern zu nennen. Dieselbe wurde vom Brigadier-general Montgomery C. Meigs als ein Teil seines Projektes einer Wasserleitung von den großen Höhlen des Potomac nach Washington entworfen und in den Jahren 1857 bis 1863 ausgeführt. Diese Aquäduktsbrücke ist vollkommen massiv ausgeführt und macht einen imponanten, doch recht schweren, wenig eleganten Eindruck. Die einzige Steinbrücke, welche diese an Spannweite übertrifft, ist eine im frühen Mittelalter von den Fürsten von Mailand bei Creazzo in Oberitalien erbaute Adabbriücke, die jedoch schon 1227 von Carmagnola wieder zerstört wurde. Dieselbe hatte eine Spannweite von 70,5 Metern, eine Brückenhöhe von 26,8 Metern und war im Scheitel des Bogens 1,20 Meter stark.

Alle bisher bekannten Leistungen auf dem Gebiete des Steinbrückebauens dürften jedoch durch die gegenwärtig im Bau befindliche neue Luxemburger Brücke übertrroffen werden, von der man hofft, daß sie im Frühling 1903 dem Verkehr übergeben werden kann. Dieselbe überbrückt mit zwei getrennt nebeneinanderliegenden Bögen von 84 Metern Spannweite das Petrusthal und schafft eine weitere Verbindung mit dem neuen Luxemburger Bahnhof. Die Fahrstraße liegt 44 Meter über der Brückenhöhe. Die beiden, sechs Meter von einander entfernten Bögen ruhen auf Betonwiderlagern. Außer diesen Hauptbögen sind noch je zwei Nebenbögen von 21,5 Metern Spannweite vorhanden. Die Fahrbahn wird über den Bogenzwischenlagen von je vier, etwa 5,8 Metern weiten Halbtreppenhöhen getragen. Die Gesamtbreite der Brücke beträgt 18 Meter. Ein Baumaterial wird dieselbe etwa erfordern: 22 000 Kubikmeter Mauerwerk, 800 Kubikmeter für die Einrichtung der Brücke und 46 Tonnen Eisen. Gink z. Die Bauarbeiten werden auf etwa 11 135 000 gelaufen. Nach Fertigstellung dieses interessanten Bauwerks wird die sonst schon in mannigfachster Hinsicht interessante alte Bundeinfestung durch eine neue Gehenswürdigkeit bereichert sein.



Hente habe ich aber keine erhalten. Außerdem wollen wir dieselben zu einer Vereinigung einladen. Ob sie dort halten, bleibt abzuwarten.

#### 14. Unternehmertorganisationen. &

Solche bestehen in Magdeburg, Frankfurt, Wittenberg, Bremen, Freiburg, Neustadt, Landau, Saarbrücken, Trier und Straßburg. Nur niederrätsigsten hat sich bisher der Betriebsverband für das Baugewerbe in Neustadt a. d. Saale gezeigt. Derselbe vertritt Alles, um unsere Organisation zu sprengen. Unsere Kollegen werden sich versprechen, so es den Unternehmern nicht leicht sein dürfte, den Gien davon zu tragen.

R. Hörter.

**Gau Erfurt.** Wenn bei Gründung des Gauz und Anstellung eines Kollegen für den Gau viele der Kollegen geglaubt haben, daß nun die Zahl der Mitglieder sehr niedrig würde, so ergeben die Zahlen, welche mir jetzt vorliegen, daß diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen ist. Jetzt ist die Mitgliedszahl auch nicht kleiner geworden. Bei Gründung des Gauz umfaßte derzeit die Zweigvereine mit 3077 Mitgliedern und jetzt mit 44 Zweigvereinen mit 2552 Mitgliedern vorhanden. Ausgelistet hat sich ein Arbeitsverein, doch war derartige schon bei der ersten Zahlung eigentlich nicht mitzurechnen, indem Beiträge fast garnicht für dieses Jahr gezahlt waren. Dadurch, daß Erstes mit noch drei Zweigvereinen zu einem zusammen vereinigt worden ist, ergibt sich, daß die Zahl der Zweigvereine aus 44 beträgt. Die Zahl der Mitglieder ist ja nur kleinen geworden, jedoch möchte ich behaupten, daß durch die Mitglieder am Schluß des Quartals die Kassirer der Zweigvereine sehr genau aufpassen, daß nicht Demand unterschlägt wird, welcher im Quartal vielleicht noch nichts bezahlt hat, denn sobald Mitglieder soviel Mal 10,- müssen an den Kassirer abgeliefert werden. Die Zahl der Mitglieder wird jetzt genau angegeben, während bei der ersten Zusammenrechnung viele Kollegen mitgezählt wurden sind, welche oft schon länger als ein Quartal nicht bezahlt hatten. Man wollte die Kollegen nicht streichen, glaubte, sie kämen wieder und bezahlten, was jedoch nicht eintrat. Durch den Beschluß des Verbandsstages, daß der Wochenbeitrag einen Stundenlohn betragen solle, ist einem großen Theil Zweigvereine im Gau eine schwere Aufgabe erwachsen, da in den letzten Jahren wenig oder garnicht zum Streifenden gezahlt worden war. Der Lohn stand in den meisten Fällen auf 9,- und darüber. Der Wochenbeitrag von 20,- hätte man noch bezahlt, durch die neue Beitragsleistung betrug die Mehrabgabe in den meisten Fällen 10,- vereinzelt sogar 15,-.

Ohne irgend ein Vorstandsmitglied der einzelnen Zweigvereine im Gau dabei im Auge zu haben, möchte ich behaupten, daß durch diese Erhöhung der Beiträge auch vielleicht manches Vorstandsmitglied die Lust verloren hatte, und so ist wohl klar, daß wir in den seltenen Fällen die Kollegen, welche bei der ersten Zahlung restriktiv, heute noch als Mitglieder haben. Wenn wir also bei der Zahlung am Schluß des Jahres diejenigen weglassen, welche wir eigentlich bei der ersten Zahlung nicht hatten, so wäre es also richtig, was ich ansfang sagte, daß die Zahl der Mitglieder nicht kleiner geworden, sondern dieselbe geblieben ist.

So wird nun vielleicht mancher Kollege im Gau sagen, brauchten wir deshalb einen Kollegen anzustellen, damit die Zahl der Mitglieder am Jahresende diejenige ist, und vielleicht hinzufügen, daß dasselbe Nekropola erzielt werden wäre, wenn die Vorstandsmitglieder der Zweigvereine ihre Pflicht thun.

Ihre Pflicht thun, das ist es, worüber einige Worte verloten werden müssen. Nicht verschieden erfüllen einzelne Vorstandsmitglieder ihre Pflichten. Der Vorsitzende glaubt genug zu thun, wenn er die Versammlung leitet, und der Kassirer, wenn er die Beiträge annimmt, welche die Kollegen ihm bringen. Dach dadurch die Mitgliedszahl nicht steigt, ist wohl einleuchtend, aber kleiner kann sie sehr schnell werden, und deshalb ist es nötig, daß das, was schon seit mehreren Jahren vom Hauptvorstand verlangt wird, mit der "Grundstein"-Verarbeitung die Beiträge zu erheben, in diesem Jahre in allen Zweigvereinen eingeführt wird. Zur Erleichterung der Kassirer hat der Gauvorstand für den ganzen Gau Bücher anfertigen lassen und dieselben den Vereinen zu gestellt. Aber noch ein anderes Urteil ist in den Verwaltungen zu finden, und dieses ist der alljährliche Wechsel der Vorstandsmitglieder. Man kann oftmals beobachten, daß einzelne Vorstandsmitglieder die Züge zählen bis zur Neuwahl, und dann steht, das schwere Amt abgeben zu können. Dach dieses Systems des steten Wechsels nicht immer für den Verein Vorteile bringt, brauche ich wohl nicht weiter zu bemerken, jedoch behaupte ich, daß Rücksicht recht viele vorhanden sind. Aufschein will ich nur einen Punkt, und dieser ist der briefliche Wechsel mit dem Haupt- und für die Zukunft ja auch mit dem Gauvorstand. In diesem Punkte habe ich ja in der kurzen Zeit etwas erlernt und denke fast mit Bangen daran, daß diejenigen Kollegen, welche ich nun so ungefähr daran gehalten haben, bald zu antworten durch andere erscheinen werden, welche denken, es kommt ja auf ein paar Tage nicht an.

Doch von der Möglichkeit der leitenden Personen das Wahl und Wechsel der Zweigvereine abhängt, kann man bedenken, wenn man in der Mitgliederversammlung erfreut, ohne sich vorher angemeldet. Was steht auf der Tagesordnung? Einnahme der Beiträge und "Verbindungen".

Oftmals schreibt der Vorsitzende erst in der Versammlung die Tagesordnung zusammen, ein Beischen, daß vorher keine Vorstandssitzung stattgefunden hat, welche sich mit der nächsten Versammlung beschäftigt. Und das "Verbindenes" ist meistens sehr verbreitet, es bringt es fertig, wenn noch etwas persönliche Streiterei dazwischen kommt, den Bezug der nächsten Versammlung in Frage zu stellen. In einem Kündigungsbogen, welches ich an die Zweigvereinsvorstände gesetzt habe, sage ich, die Vorstände müssen versuchen, die Versammlungen interessant zu gestalten, dann wird der schwache Versammlungsbesuch sich heben. Wenn man natürlich noch drei bis vier Wochen auf einem Bild der Rückseite des Schreibens eine Kündigung bekommt, so sieht man erstens, daß die eingehenden Schreiben nicht, wie es nötig ist, in Papieren fächerweise ausgehoben werden, sondern beim Wechsel der Personen in der Verwaltung kann der Gauvorstand wieder von vorne anfangen. Es wäre dieses eine unverantwortliche Arbeit und wir kommen nie zum Ziel,

um nicht wo arbeiten zu können. Aus diesem Grunde bin ich im Begehr des vierten Vorstandes. Nebenbei bemerkt, kommt es auch vor, daß wenn der Bezugsbogen nicht groß ist, nach einer Weile von den Jungen eine solche einmal im Vorstand machen, weil er gerade nicht nur gut habe, denn beim zweiten Schreiben wird dieses manchmal zum Aufdruck kommen.

Von den 44 Zweigvereinen, welche zum Gau gehören, unter die Kollegen in 29 Vereinen jedoch nur Arbeit am Lande, die anderen sind alle gestrungen, entweder den Weg zur Arbeit und von der Arbeit freib und Abends zu Zug oder per Fahrt zurückzulegen; ein Theil muß auch die ganze Woche in dem Arbeitsort bleiben. Um diesen Kollegen das Fach der Beiträge zu erleichtern, so ist ja die Zahlstellen auf diese Art gelegt worden, leider ist aber zu bemerken, daß diese Kollegen den Verhältnissen am Arbeitsort reizlosen, uninteressanten Entgegenkommungen, sind, machmal gar nicht heran kommen, so daß die Organisation am Arbeitsort befehllos ist, sondern die Meinung sind, unsere Organisationen haben, wie zu Hause, wie beschließen für uns, und so oft ist kein Eintrittsvertrag zu beobachten. Aus diesem Grunde kann für die Zukunft der § 2 unseres Statuts die Tasse richten, denn zwecklose Strafe führt zum Sieg.

Erster und Nordhausen haben sich den Statut angeschaut, ebenso ich und die in Frage kommenden Zweigvereine erwähnt, und die anderen in Frage kommenden Zweigvereine müssen dieses im Laufe des Jahres tun.

Heute ist es im Laufe der Zeit, daß ein einzelne Zweigvereine nicht, wie es § 8 10 Abs. 3 unseres Statuts verbietet, alle Monate das Geld an die Hauptstelle senden, sondern erst alle Quartale. Warum? Will man kein Preis, eine große Summe will der Kassirer senden, dieses Sollte vorgehen, aber es ist für den Kassirer eine große Gefahr in sich; denn er ist für das Geld verantwortlich. Dieses muß geändert werden, und zwar in allen Vereinen, wo dieses ist.

Um den Zweigvereinen die Agitation in ihrer nächsten Umgebung zu erleichtern, hat der Gauvorstand zweimal 100 Flugschriften zur Verbreitung versandt. Haben die Zweigvereine in abwechselnder Weise den Vertrieb vorbereitet, so wird der Erfolg in der Zukunft nicht ausbleiben.

In zwei Zweigvereinen ist die Organisation bis auf einige wenige Mitglieder zusammen gedrosselt. Die Schulen hieran wird den verloren gegangenen Streit im Jahre 1901. Organisation bei einem großen Theil unserer Mitglieder noch einmal einen großen Theil unserer Mitglieder noch viel zu wünschen läßt. Ist der Gewinn auf unserer Seite, dann geht ein großer Theil mit, haben wir verloren, dann verliert man der Organisation den Stützen, schädigt die Schule der Organisation in die Schule, statt zu überlegen, daß oft viele Urfachen zusammen gewürfelt haben, um den Verlust herbei zu führen, Ursachen, die wir anfangs nicht beachtet haben, weil wir zu siegesicher waren. Dies trifft, möchte ich behaupten, bei beiden Zweigvereinen zu.

Demnächst habe ich schon, daß im Gau sehr viele Zweigvereine auf den Büros sich befinden. Hier können wir Sonntags Versammlungen abgehalten werden und zwar sind es 20 Zweigvereine. Wenn nun alle Sonntage passend wären, möchte ich noch geben, aber im Sommer haben die Kollegen so alle Arzt auf dem Gelde zu thun und wird auch die Versammlung abgesetzt, dann sind die Kollegen doch so absehbar, daß die meisten doch nicht zu den Versammlungen kommen. Soll die Organisation gefordert werden, so müssen sich eben die Kollegen sehr ändern. Da es ja im Gau auch ein Theil Städte gibt, in welchen Kolleven verstreut sind, haben, in den letzten zwei Jahren aber, wie vorgegangen waren, so haben wir auch ver sucht, daselbst wieder Verbindungen einzuhüpfen. Leider ist ja der Erfolg kein großer gewesen, indem wir nur Abel Antwort bekommen; jedoch auf einen Hieb fällt ein Baum, andererseits war auf der Herbst schon zu weit vorgeschritten, um noch erfolgreich mit der Agitation einzehen zu können. Dieses muß nun im Laufe dieses Jahres nachgeholt werden.

Wenn ich nun noch zulege über die Arbeitsgelegenheit in den einzelnen Städten etwas bemerken soll, so war der vorübergehende Niedergang überall zu bemerken. Drei Städte möchten ausnahmen, in Jena war die Kaufmäßigkeit eine bedeutende, so daß dort wohl über 600 Männer in Arbeit standen; der Zugang war auch ein großer. Arnstadt hatte ebenfalls noch eine gute Arbeitsgelegenheit, welche jedoch zu Anfang des Herbstes plötzlich nachließ. Zugleich ist Coburg zu nennen, welches durch den Beschluss seiner Stadtverordneten verschiedene öffentliche Gebäude, wie Schule, Landkrankenhaus, Brüden, baute, ebenfalls die Erweiterung des Güterbahnhofs kam hinzu, so daß auch hier gesagt werden kann, die Arbeitsgelegenheit war eine gute. In den anderen Städten war die Arbeitsgelegenheit mittelmäßig, in Gotha sogar schlecht. Der Lohn hat sich im Allgemeinen auf der Höhe des Jahres vorher gehalten, eine Ausnahme davon macht Eisenach; hier sind 2 und 8,- pro Stunde im Frühjahr abgezogen worden. Zurückgewichen konnte dies nicht werden, indem die Organisation in Eisenach nicht stark genug war, um mit Erfolg das Vorgehen der einzelnen Unternehmer bekämpfen zu können. Doch auch hier wird es wohl für die Zukunft besser werden.

Eins noch, was mir am Herzen liegt und vorüber ich einige Worte verlieren möchte, ist die Länge der Arbeitszeit. Ein noch ganz erheblicher Theil unserer Kollegen hat eine längere Arbeitszeit als 10 Stunden. Behaupten möchte ich, daß ein Teil davon die 10stündige Arbeitszeit haben könnte, wenn die Kollegen wollten. Der Willen fehlt möchte ich behaupten, man rechnet aus, die Stunde länger, macht für diejenigen, welche in Logis bleiben müssen, das Logisgeld, verzögert aber dabei, daß der Unternehmer beim Lohnauszahlung selten an die Zahl der Stunden denkt, welche er gearbeitet haben, sondern sich sagt, die Leute haben pro Woche so viel Lohn, das ist zu viel, ich kann etwas abziehen. Auch die Lohnkürzung in Eisenach möchte ich darauf zurückführen. An alle Kollegen im Gau möchte ich die Abnahme ergehen lassen, was schon so oft und immer wieder gesagt werden muss, die lange Arbeitszeit bringt uns keine Vorteile, sondern Nachteile.

Wenn ich daran denke, daß ich aufsehen mußte, daß die Kollegen in Saalfeld an einem Bau in der zweiten Etage unter sich kein Ganggitter hatten, und technisches auch in anderen Städten sag, so ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn ich bemerke, in puncto Unfallverhütung wird wenig oder

gar nichts getan. Hier wird und müssen die Kollegen es auch in Zukunft durch die Organisation sonst bringen, daß bessere Verhältnisse geschaffen werden. Nahe ich nun am Ende dieses Zusammensetzung, so können wir wohl sagen, hat aus die Organisation im Laufe des Jahres nach Humboldt von Mitgliedern nicht erhalten, so ist doch auch die Zahl nicht kleiner geworden. Unternehmen soll uns dieses aber, für dieses Jahr alle unsere Kraft einzufordern, damit, im nächsten Jahr um diese Zeit berichtet werden kann, im Gau Erfurt, in dem keinen Übungszonen, in welchen jährlich Rundfahrt von Mannheimern die Schwimmkunst bewundern, und ihr "sauer euregenes" Geld" verzeihen, daß sollen die Lohn und Arbeitsbedingungen endlich verbessert werden, dieses nur gelingen kann durch die Macht der Organisation. Darum vorwärts zu erster Arbeit, und durch diese zum Sieg. Joh. Schenk.

Am Sonntag Nachmittag hielt der Kreisverein Altenburg seine diesjährige Generalversammlung ab. Der vom Kassirer zum Vortrage gebotene Redenabdruck berichtet, daß der Stand der Kasse ein erfreulicher ist, da es fast 4.600 von ungefähr 800 Mitgliedern eingenommen wurden. Wenn auch die Einnahme am fast 1.200 gegen das Vorjahr zurückgegangen ist, da in diesem Jahre nicht so viel auswärtige Kollegen Arbeit finden konnten, so ist die Arbeit doch immer eine aufrechterhaltende zu nennen. Der Vorsitzende erläuterte hierauf einen kurzen Jahresbericht. Nach demselben sind in Laufe des Jahres zwölf Mitglieder und vier Ehrenmitglieder Versammlungen abgehalten worden; in zwei Versammlungen, welche ziemlich gut besucht waren, wurden Vorträge gehalten. Durch die umfangreiche Präsentation war es nicht möglich, behielt Lohn und Arbeitsverhältnisse zu erzielen, und sind die Kollegen daher zwar nach vorwärts, aber auch nicht rückwärts gekommen, da sie wenigstens das feststellten, was sie bereits hatten. Außerdem sich die Arbeitsverhältnisse bis zum Juni etwas gebessert hatten, ist die Lohnkommission sofort an die Unternehmer herangegangen, um einige Preissätze pro Stunde mehr zu erzielen; aber es war leider nicht möglich. Nach diesen Verhandlungen wurde die Kaufmäßigkeit mehrmehrigerweise eine recht rege, und auch bis jetzt ist über große Arbeitslosigkeit nicht zu klagen. Auch die Organisation ist eine ziemlich gute, über 90 % der Verbandskollegen, und durch dieses feste Zusammenhalten konnten auch einige Überzeugungen der Unternehmer aufzudringen werden. Vor der Vorstandswahl wurde befragt, ob die Kassirer der Zweigvereine eine höhere Entschädigung für die Lohnverhältnisse zu bewilligen, da dieselben bisher sehr wenig bekommen haben. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bei der Wahl wurden sämtliche bisherige Vorstandsmitglieder durch Ablösung wieder gewählt, und nahmen dieselben mit Dank die Neuwahl an. Die Sitzung war sehr beschäftigt, Verhandlung, welche in kurzer Zeit sieben Punkte der Tagesordnung erledigte, verließ ausnahmsweise recht ruhig, und der Vorsitzende sprach den Versammelten seinen Dank dafür aus und schloß mit einem Hoch auf die Organisation.

Am 12. Januar fand in Altenburg eine sehr lange Zeit wieder eine Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde die Verstandswahl vorgenommen. Sechs Mitglieder traten den Verbänden bei und fünf verblieben sich den Beitrag vom vorherigen Jahre ratenweise nachzuzahlen, um sich ihre Mitgliedsrechte wieder zu erheben. Im Anschluß auf den am Orte befindenden Altenburger, der sich in der Höhe von 34,- bis 38,- bewegt, wurde beschlossen, den möglichen Beitrag auf 35,- festzusetzen. Sobald die Kollegen in der Weihnacht wieder in Verpflichtung sind und ein Stundenlohn von 40,- gezahlt wird, was durch Kontrolle der Lohnbüro festgestellt werden soll, soll der Wochenbeitrag auf 40,- erhöht werden. Es wurde den Kollegen an's Herz gelegt und zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß bald alle Kollegen von Altenburg dem Verband wieder zugeschlossen werden. Alle Mitglieder bedauerten den Rückgang der Organisation und gaben hierfür der alten Verwaltung die Schuld. An den Kollegen Zahl aus Darmstadt wurde das Ergebnis gerichtet, in der Hoffnung, daß sie zu sorgen, daß die Männer bald wieder dem Verband beitreten. Kollege Lahn vertrat, dieses zu thun, soweit es in seinen Kräften steht. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen sollen alle 14 Tage im Gaihof "Zum weißen Ross" abgehalten werden.

Am 8. Januar fand der Zweigverein Brandenburg die regelmäßige Mitgliederversammlung in Winter's Hotel statt. Laut Versammlungsbeschluß wurde in jeder Mitgliederversammlung die Präsenzliste zu führen, um am Jahresende feststellen zu können, wie oft und welche Mitglieder die Versammlungen besucht haben. Beim Rekord der Präsenzliste gab der Kassirer gleich bekannt, wie oft die Mitglieder die Versammlungen besucht hatten. Es ergab dieses ein sehr trauriges Bild, denn es war eine ganze Reihe Mitglieder, welche gar keine Versammlung besucht hatte, während ein ganz geringer Bruchteil jährliche Versammlungen besucht hatte. Hieran schloß der Kassirer die Mahnung, die Kollegen möchten in diesem Jahre sich etwas mehr daran gelegen sein lassen, die Versammlungen zu besuchen, damit ein Schlusse dieses Jahres konstatirt werden könne, daß kein Mitglied mehr vorhanden ist, welches keine Versammlungen besucht hat. Am selben Tage kündigten den Antrag, einen Stempel einzuführen, um einen jeden Kollegen den Versammlungsbefreiung in seinem Verbandsbuch quittieren zu können; dieser Antrag wurde angenommen, und Kollege Wolf zum Abstempeln der Bilder geholt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl sämtlicher bisheriger Vorstandsmitglieder. In "Verbindungen" wurde noch beschlossen, das diesjährige Faßnacht übergehen am 16. Februar stattfinden zu lassen. Danach folgte Schluß der Versammlung um 11 Uhr.

Der Zweigverein Bromberg hielt am 5. Januar eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, die von dem Vorstandsenden mit einem Glückwünsch zum neuen Jahre an die Kollegen eröffnet wurde. Von einigen Kollegen war der Antrag gestellt worden, ihnen § 10—15 aus der Polizei- und Leibwehr zu bewilligen. In der Diskussion befürwortete Kollege Sibode den Antrag, während Kollege Henke dagegen sprach und darauf hinweis, daß der Zweigverein kein Unterstützungsverein sei. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt; hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht von der Elbinger Konferenz. Die Versammlung erklärte sich mit der Wahl des Kollegen Schwarz zum Gauvertrauensmann ein-

verstandet. Der Kollege Junfer, welcher ausgeschlossen werden war, wurde auf seinen Antrag wieder aufgenommen. In "Bescheiden" wurden die Kollegen darauf hingewiesen, streng nach dem Arbeitskärti zu arbeiten, um den Unternehmern keine Gelegenheit zu geben, denselben aufzuheben. Dem zweiten Vorsitzenden und dem Schriftführer wurde für ihre Thatigkeit im verflossenen Jahre je 15 ans der Losalkasse bewilligt.

Der Zweigverein Berlin, Session Ruher, hielt am 8. Januar eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat die Versammlung um das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Fritz Stephan, in der üblichen Weise. Der von dem Kassirer verlesene Kassen-Jahresbericht ergab folgendes Resultat:

Einnahmen:	
Eintrittsgebel à 50 Pf für 65 Mitglieder.	M. 32,50
Wöchentliche Beiträge (43539 à 25 Pf).	10884,75
Streikfondsmarken: 4 à 50 Pf.	2,-
1899 29 " 25 ".	7,25
1900 607 " 50 ".	803,50
1541 " 25 ".	385,25
34165 " 50 ".	17082,55
1901 16261 " 25 ".	4065,25
Gehaltsabrechnungen (6 à 25 Pf).	1,50
Produktions des deutschen Maurerarbeitsverbandes (11450 Pf).	5,50
Protokolle des letzten Verbandsstages (1054 à 20 Pf).	210,80
Überdruss vom Maßnahmenkamm.	219,40
Stiftungsfest.	58,25
Zurückgezahlte Gerichtskosten (Sachsen-Steinopf).	16,-
Zurück erhobene Maßnahmenkammer.	12,-
Zinsen vom Jahre 1900.	318,20
Vom Restaurateur Gemella.	-50
Bestand vom Jahre 1900.	28191,57
Summa... M. 66796,72	

## Ausgabe:

an die Hauptklasse gelangt.	M. 18589,91
Unterstützung für Gemahrgesetz (Maijester).	4356,-
Bauunternehmen (aus örtlichen Mitteln).	1276,-
Vorberichtigung der örtlichen Verwaltung.	4087,-
Ausgabe im Bureau.	76,40
Rechtsdienstleisten und Prozesskosten.	447,89
Für die freilebenden Tabakarbeiter.	200,-
Glasarbeiter in Wittensteinach.	20,-
Jahresbeitrag zur Gewerbeaufsichtskommission.	100,-
Beitrag für die Agitationsskommission (6 Quartale).	250,-
zur Bauarbeiterabschottkommision.	50,-
Druckfachen und Presse.	664,60
Für 2 Bautelefonaten.	278,90
Steuerunterstützung in 8 Fällen.	490,-
Antrieblerunterstützungskommission für erkrankte Kollegen.	419,40
Verbotstage des "Grünenblatt".	1858,98
Entschädigung der Gültigkeitsfür 8 Quartale.	110,-
Worto, Schreibmaterial und Bureauantifasen.	244,96
Wohl, Hebung und Reinigung des Büros.	48,-
Entschädigungen (à 75 Pf) für 30 Gewerkschaftskommissons-Sitzungen.	29,50
Für Vorstandslösungen und Revisionen.	108,76
7 Kränze (verlorbenen Mitgl., Märztagseffekte).	57,-
Honorar des Gehängelchers und Noten.	208,70
Vertretung bei beredeten Konferenzen.	94,-
Feuerwehrversicherungspolice u. Ergänzung der Wisselsche.	54,10
Für 16 Obmännerstiftungen.	270,76
Wohrgeld der Bautenkontrolle.	78,40
für 4 Vorstände à 18.	24,-
Infrastruktur- und Krankenkassen-Beitrag.	28,08
Gemeinschafts-Ausgaben.	39,47
Summa... M. 88988,19	

## Bilanz:

Einnahme.	M. 66796,72
Ausgabe.	83988,19
Bestand.	M. 22818,53

Berlin, den 11. Januar 1902.

Franz Schulz, Bevollmächtigter. M. Kelpin, Kassirer.

Nebstdit. und für richtig befunden:

Die Revisoren Allo. Gubermann, Paul Hoffmann. Sodann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Zum Sodann gab Kollege Franz Schulz in kurzen und drastischen Bingen einen Überblick über das verflossene Jahr und er mahnte die Kollegen, die immer noch nicht begriffen haben, was es heißt, organisiert zu sein, zur Umkehr und fester Angliederung an den Verband.

Aus Chemnitz schreibt man uns: Bekris der hiesigen allgemeinen Lage im Baugewerbe sei mitgeheit, daß hierzot allgemeiner Arbeitsmangel herrscht. Weniger infolge der Jahreszeit, wie der allgemeinen Unlust zum Bauen. Industriebauten finden sich nur ganz selten; ebenso ist die Brikettbaufähigkeit eine so minimale, wie kaum seit Jahren zuvor. Wenn nicht infolge des Bauwagenbrennenen Arbeiterzähls und dessen was dazu gehört, wie Rüstianlage, Brückenbau etc., ferner einiger Kaiserwerderneutaten, Arbeitsgelegenheit vorhanden wäre, so könnte man von einem beinahe Stillstande der hiesigen Bautätigkeit reden. Offenlich haben die optimistischen Preß- und andere Stimmen, die den Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise als überwunden betrachten. Nicht; hauptsächlich auch mit im Interesse unserer hiesigen Organisation. Hierzot haben wir allen Grund, eine baldige Befreiungswidlung derselben zu wünschen. Genug, oder mindestens sehr viel ist ja nach der Richtung hin schon gethan; hoffentlich ist der Erfolg bald ein weitgehender als bisher. Es ist denn doch wirklich ein Estandal, wenn man in einer Stadt von 220 000 Einwohnern für einen Stundenlohn von 28 Pf bei elfstündiger Arbeitzeit sich segnen muss. Der Kohn ist innerhalb eines Jahres um 25 bis 38 pgt. gefallen, ohne daß die Mehrzahl der hiesigen Kollegen darin etwas Sonderbares findet. Hoffen und wünschen wir von Herzen, daß es auch in dem großen Dorf Chemnitz bald einmal tagt.

Am 12. Januar hielt der Zweigverein Danzig eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst erstatteten die Delegierten Voß und Grünhagen Bericht über die Konferenz in Ebing und sprachen die Hoffnung aus, daß im nächsten Jahre der Bauvorstand gewählt werde. Beslossen wurde, 80 Pf pro Mitglied und Jahr aus der Votalfasse an den Bauvorstand abzuführen. Hierauf verlas der Kassirer die

Abrechnung vom vierten Quartal 1901. An die Hauptklasse sind abgesetzt M. 423,55. Die Einnahme für die Votalfasse betrug M. 457,61 die Ausgabe M. 243,75, bleibt Vaffenbestand in der Votalfasse M. 243,88. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme für die Hauptklasse von M. 2503,25, davon sind an die Hauptklasse abgezahlt M. 2503,25. Die Einnahme für die Votalfasse betrug M. 1210,44, die Ausgabe M. 972,58, bleibt Vaffenbestand M. 243,86. Dem Kassirer wurde Bedarfe ertheilt. Hierauf erhielt der Vorsitzende den Bericht des Vorstandes. Es haben im verflossenen Jahre elf Mitglieder und fünf öffentliche Versammlungen stattgefunden, zwei Mitgliederberatungen mussten wegen zu schwachen Besuches ausfallen. In fünf Versammlungen sind Vorträge worden, und zwar hat Benneker einen, Schwarz drei und Wöbelburg einen Vortrag gehalten. Der Vorstand wurde häufig geweckt. Zu Anfang des Jahres war Benneker Vorsitzender, welcher seinen Posten niedergelassen. Darauf folgte Schmid, welcher Danzig verlassen mußte, worauf Grünhagen als erster Vorsitzender gewählt wurde. Im Februar richtete die Innung ein Rundschreiben an die Meister, worin der Kohn, den die Herren von den Behörden forderten, festgestellt war, nämlich für einen Gefellen 80 Pf pro Stunde. Dem Schreiben war gleichzeitig eine Arbeitsordnung beigelegt, durch welche den Unternehmen anheim gezeigt wurde, an Maurergerüsten 38 Pf Stundenlohn zu zahlen. Am 12. April stellten am Neubau der Hochschule 100 Maurer die Arbeit ein, weil die Ansprüchen der Italiener ausblieben sollten und Lohnabzüge gemacht wurden. Am selben Nachmittage arbeiteten außer 20 Italienern schon wieder 30 Danziger an dem Bau, deshalb wurde eine Sperr nicht verhängt. Bei dem Unternehmen Abrecht hatte ebenfalls eine Anzahl Maurer die Arbeit eingestellt, von einer Bouleverze wurde auch der Abstand genommen, weil die Zeit zu ungünstig war. Im August des Jahres 1901 waren 700 Maurer beschäftigt, im August 1900 dagegen 1800. Auf Anregung der Arbeitslosen in Versammlungen wurden von Magistrat zu Notstandsarbeiten M. 25 000 bewilligt; dagegen bewilligte der Magistrat einer kleinen Zahl Kapitalisten ½ Millionen zur Sanierung der Norddeutschen Elektrizitätswerke. Der Steinhausbaustadt wurde auf drei Jahre vertragt. Durch Finanzprinzipien desselben hätte die Arbeitsmangel etwas gelindert werden können. Anfang November wurde der Kollege Krieger in Ebing aus dem Budehaus entlassen. Zu dessen Entfang waren die Kollegen Voß, Grünhagen und Marktwardt gekommen. Die Kollegen Voß und Hoffmann wurden wegen Belästigung der Innung je 20 Gelbfärbung verurtheilt. Die Kollegen Süntede, Döring und Chlert waren angeklagt, Streiktreiber bedroht zu haben, mußten aber freigesprochen werden. Seitorden ist ein Mitglied worden die Frau eines Mitgliedes, wo für die Sterbedienstlichkeit" ausgezahlt wurde. Hierauf wurde zur Rentenfest des Vorz. indes geschritten. Sodann möchte Benneker noch bekannt, daß der Termin gegen Fah am 21. Januar, 10 Uhr Vormittags, stattfindet. Kollege Voß teilte mit, daß am 15. Dezember vom Vorstand ein Schreiben an die Innung gerichtet wurde mit dem Beschluß, den alten Vertrag um ein Jahr zu verlängern. Herzog habe das Schreiben ausdrücklich mit dem Vornamen, die Innung verhandele nur mit dem Gesellenausschuß. Der Kollege Grünhagen bat den Gesellenrauschiß brieftisch aufgetragen, mit dem Vorstande des Verbändes zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammenzutreten, um der Innung die Fortsetzung der Gespräche unterbreiten zu können. Es wird befürchtet, daß der Herzog nicht zahlt. Vom Vorstande ist ein neuer Brief an den Herzog ausgestellt, wo für die Innung die Fortsetzung der Gespräche begehrte. Der Vorstand soll den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen. Voß meint, er sei bei Herzog gewesen, derselbe habe ihm gegenüber erklärt, er zahle 45 Pf. Brachnow sei in einem von dem Vorstand herausgegebenem Flugblatt benannt, daß er den Löhn nicht zahlt. Vom Vorstande ist eine Brachnow auch 45 Pf. Voß erklärte ihm aber, daß nicht der Fall sei. Benneker bemerkte, Herzog habe gerade die übrigen Meister aufgefordert, die Löhne herabzuziehen, auch müsse der Vorstand eingeschreben. Briefe an Herzog senden. Der Vorsitzende erwiderte, daß dieses geschehen würde, auch würde zur Rückantwort dem Briefe noch eine Briefmarke beigelegt werden. Weiter erfuhr der Vorsitzende die Kollegen, in der nächsten Versammlung zahlreicher zu erscheinen; dieselbe wird Vormittags während der Mittagszeit stattfinden, damit die Kollegen sich das Mittagessen nicht verderben lassen. Am 28. Januar findet in der Stephanschen Votaf eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Weißwanger einen wissenschaftlichen Vortrag über: "Drahtlose Telegraphie und Elektrizität" halten wird. Statuen im Vorberlauf losten 20 Pf. an der Kasse 25 Pf. Nach der Versammlung findet ein Vergnügung statt.

Der Zweigverein Emden hält am 7. Januar eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Bei der Neuwahl des Vorstandes erklärte der bisherige Vorsitzende, Kollege Hefsen, eine Wahl nicht wieder anzunehmen zu wollen, weil gerade die Vorstandsmitglieder den schmäligsten Angriffen seitens der Kollegen ausgesetzt seien. Der Kassirer gab eine ähnliche Erklärung ab und fügte hinzu, daß ihm die mißtrouische Behandlung, die er von dem Hauptvorstande erfahren, nicht gefallen. An Stelle des Kollegen Hefsen wurde in geheimer Abstimmung Kollege Meyer mit 48 von 58 abgegebenen Stimmen als Vorsitzender gewählt. Die Wahl ist durch die Kassirer bestätigt worden. Die nunmehr verfasste Jahresabrechnung ergab eine Gesamtentnahme von M. 2146, davon sind an die Hauptklasse abgezahlt M. 1624, dem Votalfasse bestand ein M. 489. Es ist hierbei zu bemerken, daß die Einführung der Beiträge in den Wohnungsbau die Mitglieder sich gut bewährt hat. Die Abrechnung wurde genehmigt und der Kassirer entlastet. Es wurde beschlossen, den Jahresbericht zu veröffentlichen. Die Bautätigkeit war in dem verflossenen Jahre eine gute zu nennen, jedoch scheint sie ihren Höhepunkt übertragen zu haben, denn die 200 in vorherigen Sommer am Orte beschäftigten Gefellen sind jetzt auf etwas über 100 zusammengeschmolzen. Bezeichnend kommt vor, daß der mit den Unternehmen vereinbarte Stundenlohn von 45 Pf überall gezahlt wurde. Auffallend war die Ercheinung, daß der sonst wöchentlich Zugzug aus Holland vollständig ausblieb; dagegen hatten die Kollegen stark unter dem Zugzug aus Oberholstein zu leiden. Leider mußte, aber festgestellt werden, daß das Verhalten der holländischen Kollegen ein sehr viel besseres als das der oberdeutschen ist. So lange diese am Orte sind, ist es öfter zu ernsten Differenzen mit ihnen, hauptsächlich wegen Innehaltung der Arbeitszeit, gekommen. Im Spätherbst kam es auch zu ernsten Differenzen mit den Unternehmen bezüglich der tatsächlich festgelegten Wochentlichen Mittags-

pause, welche ein Eingreifen des Bauvorstandes notwendig machten. Trotz der verhältnismäßig günstigen Arbeitsgelegenheit lonten die Kollegen sich nicht dazu entschließen, den Rath des Bauvorstandes zu besuchen und das durchzuführen, was sie in anderen Wintern auch durchsetzt hatten, nämlich die festgelegte Mittagspause einzuhalten. Bezuglich der Überarbeit kommt festgestellt werden, daß Rohbauarbeiten zur Zeit nur noch von drei Kollegen, die den Verbänden nicht angehören, im Allord ausgeführt. Die vorhanden gewesene Spaltung ist dadurch beigelegt, daß die oberdeutschen Kollegen nach Hause reisen und die anderen Kollegen sich den Beihilfen der Mehrheit fügen. Der Kollege W. Frick wurde wegen seiner unehrenhaften Handlungswise in der Klagezasse gegen den Unternehmer Vogel einstimmig aus dem Verbande ausgeschlossen und der Vorstand beauftragt, sich die Akten von dem Hauptvorstand wieder einzufordern. Es wurde ferner beschlossen, aus dem Kartell auszutreten, wenn dieses dem Antrage des Zweigvereins auf Erlass der Beiträge während der drei Wintermonate nicht stattgäbe. In der nächsten Versammlung soll ein Vortrag über: "Die Votablage" gehalten werden.

In Goldberg i. Sch. fand am 12. Januar die erste diesjährige Mitgliederversammlung statt. Kollege Hermann Reh aus Breslau war als Referent erschienen und gab über verschiedene Punkte Auskunft. Nach Erledigung der Verstandswahl gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl ist von 27 auf 20 zurückgegangen, doch ist noch der alte Stammt seit Gründung des Zweigvereins vorhanden und fest entschlossen, die Fahne der Organisation hochzuhalten. Zu leiden unter der jüngsten Krise haben alle Kollegen, denn alle sind schon zwei bis drei Monate arbeitslos, und von den Unternehmern ist auch nichts Gutes zu erwarten. Unter Anderem hat sich ein Unternehmer aus Breslau in Goldberg eingeschlichen, welcher die Kollegen auf's Neuerliche auszumachen versucht. Als Kodifikation gabte er am Anfang 2 Pf mehr Stundenlohn als die anderen Unternehmer. Sein Partner, ein Riese von ihm, ebenfalls aus Breslau, hatte beim ersten Bau Pf Stunde 60 Pf, jetzt 40 Pf. Es arbeiten bei ihm jetzt noch ein unorganisierter Kollege aus Hohnau und ein Kollege aus Goldberg. Erster erhielt statt 30 Pf bloß 28 Pf, jetzt 24 Pf, der zweite 20 Pf, jetzt 16 Pf. Für inneren Betrieb zahlt er pro Quadratmeter 16 Pf, für Rohrputz pro Quadratmeter 28 Pf. Die Kollegen in Goldberg befürchten bloß, daß diese Seuche bei anderen Unternehmen ansteckend wirkt. Mit der Ermachung, in diesem Jahre täglich Haus- und Dauertagung zu treiben, und mit einem Haft auf das Blüten und Gedelen der Votablage und Umgebung wurde die Versammlung geschlossen.

In dem Zweigverein Hamburg wird seit dem Jahre 1900 bei sämtlichen Mitgliedern alljährlich eine Umfrage nach der Arbeitslosigkeit gehalten. Für November 1901 wurden von 2321 Mitgliedern 1940 befragt. 890 Mitglieder haben in diesem Monat nicht gefeiert. Der ungünstige Witterung wegen mußten 500 Mitglieder zusammen 1078 Tage ausliegen und 86 Mitglieder müssen zusammen 1078 Tage die Arbeit wegen Krankheit verbrauchen. Im Ganzen waren 1058 Personen zusammen 6817 Tage ohne Arbeit, was einen Verlust von M. 25 920,11 ausmacht. Ein Vergleich mit demselben Monat des Jahres 1900 gibt folgendes Bild:

Jahr	Zahl der Mitglieder	Befragt	Nicht gefeiert	In Prozent
1900	2215	1684	969	58,28
1901	2821	1946	890	45,78

Jahr	Personen	Tage	der Befragten	Gesammt	Von den Befragten wurden
1900	695	5481,75	41,77	M. 26443,41	
1901	1056	5817,00	54,27	25920,11	

Davon haben wegen Arbeitsmangels gefeiert:

Jahr	Personen	Tage	der Befragten	Gesammt	Von den Befragten wurden
1900	899	8468	8,86	29,98	
1901	843	2160	8,80	12,00	

Ferner mußten ausstecken:

im Jahre	Personen	Tage	der Befragten	Gesammt	Von den Befragten wurden
1900	695	5481,75	85	848,50	
1901	590	2079,00	85	1078,00	

Im Monat November 1900 ist von dem Bezirk Alstadt kein Material eingeliefert worden, wodurch noch in der gleichen Zeit wohnenden Mitgliederzahl sämtliche Bahnen für 1900 um zirka 10 Pf. zu niedrig gurten.

Aus Hamm i. Westf. erhalten wir von dem dortigen Kartellvorstand eine "Berichtigung" zugefunden, die in Form einer in einer Gewerbeaufsichtsversammlung gefassten Resolution die Äußerungen des Kollegen Sell auf dem Verbandsstandort in Moers, betreffend die Gewerbeaufsichtsstelle, richtig stellen soll. Berichtigt wird in dem Schriftstück nur, daß der Beitrag nicht M. 120 pro Jahr und Mitglied betrage, sondern nur 84,5 Pf für das Jahr 1900 und 40 Pf für das Jahr 1901. Eine Berichtigung der Ausführungen Sell's auf dem Verbandsstand ist aber auch dieses nicht. Sell nicht behauptet hat, die Beiträge wären sich in der angegebenen Höhe, sondern nur ausführlich, daß wir, d. h. die Maurer, pro Kopf und Jahr M. 120 entrichten haben. Der übrige Theil der sogenannten Berichtigung enthält Ausfälle, theilweise sogar Beleidigungen gegen den Kollegen Sell und stellt der Ansicht deselben über die Bedeutung der Kartell anderer Ansichten entgegen. Der tatsächliche Inhalt der Berichtigung befindet sich also auf die Höhe der von dem Kartell erhobenen Beiträge, weshalb wir es auch ablehnen müssen, dieselbe vollständig zum Abschluß zu bringen.

Die zum Zweigverein Frankfurt a. M. gehörige Bahnhofsgemeinde C. Taunus hält am 6. Januar ihre erste diesjährige Mitgliederversammlung ab. Das Kontrollbuch über Verbandsaufsichtsbesuch ergab durch 88 senkrechte Striche die Anwesenheit von 88 Mitgliedern, durch drei wagerechte Striche drei Entschuldigte, die neu kribbelten der Übrigen blieben leer und zeigten die Fehlenden an. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt der Obmann, Kollege

Schmitt, Bericht über die Sitzung des Bürgervereins zu Frankfurt a. M.: "Er wies mit aller Einschneidigkeit darauf hin, daß gerade die jetzige Situation die Kollegen zwingt, ihre Rechten immer selber zusammenzutreffen, da sie im kommenden Frühjahr mit Mangel an Arbeitsgelegenheit und gleichzeitig, wegen allgemeiner Stitung, mit Bürgern früherer Kollegen zu rechnen haben. Deshalb müssten so lange noch am Ort indifferente Kollegen vorhanden sind, alle organisierten Kollegen auch musterhaft Agitation vorwärts treten, bis der letzte Mann organisiert ist. Um dieses zu erreichen, wurde zur Betreibung der durch Zweigvereinssitzungsbeschuß vorgeschriebenen Hausagitation eine Kommission von acht Mitgliedern gewählt. Im weiteren, machte Kollege Schmitt darauf aufmerksam, mehr Gebrauch von der Bibliothek und dem Archiv und der Arbeitsergebnisse zu machen, um das geistige Auge der Kollegen aus einer höheren Bildungssphäre zu bringen, vielleicht wäre es dann möglich, die Kollegen von ihrer sonderbaren Auffassung der Arbeitslosenfrage abzuwenden, welche doch nur am besten dazu geeignet ist, das Elend unter den Kollegen in seinem ganzen Umfang zu zeigen und die Kollegen gleichzeitig anzuregen, zur Ergründung ihrer Menschenverbündnis zu kämpfen, da ja nicht als Mensch, sondern mehr als willenslose Lohnslaven daherkommen. Unter den Verhältnissen, wie sie hier bestehen, ist es fast unmöglich, Maurer, auch nicht dem genügsamsten, möglich, eine Familie ernähren zu können; daher ist zu zweiten die Frau gezwungen, zur Ergründung der Familie beizutreten." Hierdurch wurde sie der Ausübung ihrer Pflichten gehindert und muß nur allein oft über ihre Kraft hinaus Männerarbeit verrichten, und dennoch stehen uns so viele von ihnen so feindselig gegenüber, vielleicht sind die kommenden Seiten geeignet, sie über ihren Kreis zu beleben. Im Punkt "Agitation" fuhrte Kollege Adam Hermann die Versammlung in kurzen Ausführungen zu überzeugen, daß alle Kollegen unvermeidlich agitieren müssen, und brachte einige wichtige Punkte zur Hausagitation zur Kenntnis der Kollegen. Hierauf erhielt der Kassier, Kollege Wilhelm Hermann, Rechnungsbericht vom vierten Quartal, welcher mit Erfolg aufgenommen wurde. Im Punkt "Verwaltungswahl" wurde aus Vorschlag des Kolleges Adam Hermann die bestehende Verwaltung wieder gewählt. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Gedächtnis des Centralverbandes der Maurer Deutschlands geschlossen.

Am Sonnabend, den 28. Dezember, hielt der Zweigverein Hessen eine gut besuchte Generalversammlung ab, in welcher die Neuwahl des Vorstandes erfolgte. Über das Bauarbeiteramt entpann sich eine lebhafte Debatte und wurde es so geregelt, daß an jedem Bau ein Delegierter zu wählen ist; gleichzeitig haben die Delegierten die Pflicht, die Mitgliedsbücher an den Bauten zu revidieren. Außerdem wurde noch eine Arbeitsordnung und eine Krankenkommission gewählt. Zum Schluß wurde noch von sämtlichen anwesenden Kollegen die Verpflichtung übernommen, dafür zu sorgen, daß sämtliche em Erste anwesenden organisierten Maurer die Versammlung regelmäßig besuchen.

Am 5. Januar fand in Rakenbach eine öffentliche Versammlung statt. Als Referent war Kollege Merlet aus Fürth erschienen. Derselbe hielt einen Vortrag über: "Die gegenwärtige Krise und was die Maurer in nächster Zeit zu erwarten haben". Dem Redner wurde lebhafter Beifall gezollt. Drei Tage nach der Versammlung karrte der Stationsgendarm und erklärte dem Wirth, daß er (der Wirth) solche Verkündigungen für die Zukunft nicht mehr dulden würde. Der Wirth erklärte jedoch, ihm könne es gleich sein, wer sein Vorfall beziehe. Der Gendarmer erklärte sich auch nach dem Einberufen und fragte, warum keine Anmeldung erfolgt sei. Der Bevollmächtigte gab ihm zur Antwort, eine Gemeinwohlsversammlung braude nach dem bayerischen Vereinsgesetz nicht angemeldet zu werden. Dann mußte das Auge des Gelehrten von dannen ziehen.

Der Zweigverein Köln a. Rh., hielt am 12. Januar seine Generalversammlung ab. Zunächst erhieltete der Vorsitzende den Jahresbericht. In dem verflossenen Jahr haben 28 Mitglieder, drei außerordentliche und sechs öffentliche Versammlungen stattgefunden. Die Versammlungen in dem ersten Quartal des Jahres hatten sich vornehmlich mit den Gewerbegegenstänzen zu beschäftigen, aus welchen beinahe die freien Gewerbestände als Sieger hervorgegangen. Auch das zweite Quartal hatte einige impulsive Versammlungen zu verzeichnen. In denselben wurden hauptsächlich die Verhandlungen des Verbandsstages und der Bauarbeiterkampf besprochen; die Beliebung an der Landes-Kommission für den Bauarbeiterkampf wurde abgelehnt. Des Weiteren hatten sich die Versammlungen auch mit dem damaligen Zimmererstreit zu beschäftigen. Im Sommer wurde der Bau laut Beschluss der Konferenz in Elberfeld eingerichtet und beschlossen, das Baudeutschland-System einzuführen. Am September wurde eine Hausagitation vorgenommen, wodurch eine kleine Anzahl Kollegen dem Verband zugeschlagen wurde. Zu derselben Zeit wurden die umliegenden Zässtellen dem Zweigverein Köln angegliedert. Die letzten Versammlungen im Jahre hauptsächlich mit der Agitation im Allgemeinen und mit den in diesem Jahre zu erreichenden Maßnahmen. Eine größere Sitzung beschäftigte sich mit der Konstituierung des neuen Zweigvereins. Das verflossene Jahr, so schloß der Vorsitzende seinen Bericht, vor wohl ein reichreides, aber damit ist noch nicht genug gefasst, sondern jeder einzelne Kollege muß auch für die fernere Zeit seine ganze Kraft in den Dienst der guten Sache stellen, damit das Ziel erreicht werde, daß sich die moderne Arbeiterbewegung gestellt hat. Der Kassenbericht vom vierten Quartal ergab eine Einnahme für die Haushalts von  $\text{M} 1331,20$  und  $\text{M} 639,58$  für die Zässtelle. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 267, davon waren zwei Ausländer; auf diesen ließen sich im letzten Quartal 47 Kollegen. Mit ihren Beiträgen im Rückstand waren neun Kollegen, davon länger als neun Wochen vier. Die Jahreseinnahme betrug  $\text{M} 5086,12$ , die Ausgabe  $\text{M} 4708,03$ . Die Abrechnung wurde als richtig anerkannt und dem Kassier Decharge ertheilt. Sodann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Mit einem kläglichen Wohlwollen des Vorsitzenden an die Kollegen, nicht zu erläutern im Kampfe und der Agitation für den Verband, wurde die Versammlung geschlossen.

Am 14. Januar fand in "Schwarzen Adler" in Löwenberg i. Thür. die Generalversammlung des dörflichen Zweig-

vereins statt. Zur Verabredung stand die Lohnforderung für dieses Jahr. Es wurde einstimmig beschlossen, den Lohn pro Stunde auf  $\text{M} 5$  zu erhöhen und die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden zu vermindern. Einen Tag später brachte das dortige amtsliche Blatt schon einen Bericht, wonach am 13. Januar eine Maureerversammlung auf Antrag des Vierteren eines Herrn Staude aus Görlitz, die Lohnforderung gestellt habe. Gemeint war Kollege Staude aus Breslau, welcher zur Versammlung erschienen war. Das Blatt mag sich nur beruhigen, es kann es Sorge der Maurer sein lassen, wie wir beruhigen, es kann es Sorge der Maurer sein lassen, wie wir antworten.

Am Sonntag, den 12. Januar, tagte in C. Eisenhardt's Lokal die Generalversammlung des Zweigvereins Mühlhausen. Thür., welche gut besucht war. Zum ersten Punkt wurde die Abrechnung der Werbungsbeiträge verlesen und dem Comité Decharge ertheilt. Dovorens nahm die Versammlung den Thätigkeits- sowie Kassenbericht ergehen. Dann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Um in Zukunft größere Kassenverluste, wie sie vor einigen Wochen durch Eintrittsbeiträge vorgekommen sind, zu vermeiden, ist folgender Beschlusß gefasst worden: "Sobald die Hauptlasten-Gelder die Höhe von  $\text{M} 50$  erreicht haben, hat sie der Kassierer an die Haushalts abzuzahlen. Solalastengelder dürfen nicht mehr als  $\text{M} 10$  in Händen des Kassierers sein, das übrige Geld ist auf der städtischen Sparkasse einzustrengen an zulegen. Der Kassierer kann allein Geld zur Sparkasse tragen, abgeführt wird es vom Vorsitzenden und Kassierer." Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Die Wohnung des Kassierers, Stoffe, befindet sich Petritsteinweg 17.

In Bozen fand am 13. Januar eine von 400 Kollegen besuchte öffentliche Maureerversammlung statt, welche sich mit der Lohnfrage für das laufende Jahr beschäftigte. Beschlusß wurde, den Minima-Lohnbunden von  $\text{M} 4$  auf  $\text{M} 5$  zu erhöhen; der Minima-Lohnbunden für Jungangestellt soll  $\text{M} 3,50$ , statt  $\text{M} 3$  im Vorjahr, betrugen. Die Arbeitszeit bleibt dieselbe, doch soll bei täglicher Lücke nicht mehr gearbeitet werden. Die Sonnabende soll die Arbeitszeit von  $\frac{1}{2}$  Stunden ohne Verpausa, auf  $\frac{1}{2}$  Stunden mit Verpausa herabgesetzt werden. Die Kostnominierung wurde beauftragt, diese Neuerungen den Unternehmen zu unterbreiten und event. mit denselben in Unterhandlungen einzutreten.

Am 5. Januar fand der Zweigverein Brandenburg seine vierjährige Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab einen Bestand für die Zässtelle von  $\text{M} 178,81$ ; bei der Unterstüzungslasse waren  $\text{M} 6,90$  vorhanden. Dem Kassier wurde Decharge ertheilt. Nach Verlelung der Abrechnung erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Bei der Besprechung über die Arbeitsverhältnisse auf den Außenposten Werken wurde beschlossen, die Spezialvorschriften zu lassen und abzutunen, wie sie in Brüderjahr die Bauthätigkeit deselbst gestalten werde. Bezuglich des Lohns und Arbeitszeit wurde beschlossen, Änderungen an demselben nicht vorzunehmen. Der Gesellschausschluß wurde jedoch befürchtet, die Innung zu erzicken, weder einen Unterrichtskurs für Lehrlinge und Gesellen im Sammelarbeitsdienst zu eröffnen. Dem Maurer-Brüderverein, der sich in einen Gewerkschaftschor umgewandelt hat, wurde eine Abfindungssumme von  $\text{M} 16$  bewilligt. Auf eine Anfrage theilte der Vorsitzende mit, daß die Ortskantonslese es übernommen habe, das Sterbegeld für den extraterritorialen Kollegen Meyer von dem Unternehmer Roth einzufordern.

Am Sonntag, den 12. Januar hielt der Zweigverein Salzwedel eine Generalversammlung ab. Im ersten Punkt "Verabredung des Vorstandes über die wirtschaftliche Lage des Vereins im verflossenen Jahre", führte Kollege Hammer ungefähr folgendes aus: Der Zweigverein hat im verflossenen Jahre viel durchmachen müssen, ist aber aus allen Kämpfen siegreich hervorgegangen. Das beweist auch seine wirtschaftliche Lage, denn trotz der vielen örtlichen Ausgaben für nützliche Zwecke und eines Aufschusses von  $\text{M} 40$  an die Gaulaße zu Magdeburg, hat der Verein doch noch einen Zässtellfonds von  $\text{M} 200$ . Der Zweigverein zählt 88 Mitglieder. Zu wünschen wäre es aber, daß die übrigen Kollegen, welche dem Verband noch nicht angehören, diesmal bald zugeschlagen werden. Bildet eines jeden Verbandskollegen es, dies zu bewertestellen. Im verflossenen Jahr wurden zwei Monate und vier außerordentliche Versammlungen abgehalten. Die Monatsversammlungen waren gewöhnlich nur schwach besucht, nur die außerordentlichen Versammlungen waren gut besucht, namentlich die, in der Kollegie Klug aus Magdeburg veranstaltet. Zu wünschen wäre es aber, daß auch die Monatsversammlungen ebenso stark besucht werden, namentlich gilt dies für die auswärtigen Kollegen, welche in Betreff des Versammlungsbefehls sehr zurückhaltend sind. Hierauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen und der alte Vorstand größtentheils wieder gewählt; auch die neuwählten Kollegen nahmen die Wahl an und lobten, daß der Verband so streben. Das Lokal des Vereins blieb auch das alte. Im Punkt "Beschließendes" wurde festgestellt, daß die Bauthätigkeit in diesem Jahre sich vornehmlich günstig gestalten wird. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Zweigverein Schweinfurt hielt am 8. Januar sein diesjährige, ziemlich gut besuchte Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagessordnung erhielten die Mitglieder das Andenken des verstorbenen Kollegen Kaspar Vollert in der üblichen Weise. Hierauf verlas der Kassier Johann Pfister die Abrechnung vom vierten Quartal; dieselbe wurde für richtig erklärt und dem Kassier Decharge ertheilt. So dann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Rummels wurden in der im Jahre 1898 ausgearbeiteten Arbeitsordnung verschiedene Paragraphen geändert, weil dieselben in verschiedenen Verfassungen nicht richtig eingehalten wurde. Mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer-Deutschland wurde die Versammlung um  $6\frac{1}{2}$  Uhr geschlossen.

In Streisels fand am 19. Januar eine außerordentliche Mitgliederversammlung des vorigen Zweigvereins statt, zu der Kollege Silberschmidt-Berlin, als Referent erschienen war. Zunächst erhielt der Kassier den Jahresbericht über die Verfestigung des Kollegen Silberschmidt und der Rechenschaft erhalten hatte. Dem Kassier wurde Decharge ertheilt. Hierauf hielt Kollege Silberschmidt einen beispielhaft aufgenommenen Vortrag über: "Zweck und Aufgaben der

Organisation", wobei er es den Kollegen auch zur Pflicht machte, sich an den politischen Bewegung zu beteiligen.

Am Sonntag, den 5. Januar, hielt der Zweigverein Timmendorf seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab; dieselbe war eine ziemlich volkselige zu nennen. Die ersten Punkte wurde die Quartals- und Jahresabrechnung verlesen, nachdem dieselbe von den Kollegen bestätigt, der Kassier entschuldigt. Beim zweiten Punkt erfolgte die Wahl der Vorstandsmitglieder, dieselben wurden alle einstimmig wieder gewählt. Im verflossenen Jahre wurden 400 Versammlungen abgehalten, welche alle ziemlich gut besucht waren. Von den circa 50 ortsfremden Maurern gehörten 47 dem Verband an; es wäre zu wünschen, daß diese weniger Kollegen sich ebenfalls der Organisation anschließen mögen. Die Versammlung wurde nach einem dreifachen Hoch auf den Zweigverein und ein herzliches Gedanken des Verbandes geschlossen.

Wie die Unternehmer dort, wo unsere Organisationen sowohl sind, mit den Maurern umspringen, beweist wieder einmal folgender Fall aus Erfurt. Bei dem Maurermeister Seifert aus Menningen im Rheinlande arbeiteten eine Anzahl Maurer an der Premerförd-Bahnstraße in Buchholz. Der Wagen betrug  $\text{M} 45$  pro Stunde. Als dort die Arbeit ziemlich fertig war, fuhr der Meister sowie der Geschäftsführer, wer von den Maurern mit nach Erfurt wolle zum Neubau des Güterbahnhofes. Es fanden sich auch einige bereit; diesen wurde derjenige Lohn, wie in Buchholz und außerdem Fahrvergütung versprochen. In Erfurt erhielten sie jedoch nur  $42 \frac{1}{2}$  aus bezahlt statt  $45 \frac{1}{2}$ , wie ihnen versprochen worden war. Auch von der Vergütung des Fahrtgebietes rührte sich die ersten vier Wochen nichts. Endlich riß einem Maurer über doch die Geduld, er fragte den Meister, wie es mit dem versprochenen Fahrtgebiet stand. Doch wurde ihm vom Meister die Antwort zur That, Fahrtgebiet gebe's überwaupt nicht. Auf diese Antwort wandte sich der Maurer an das Obergericht; doch noch ehe es zum Termin kam, zahlte der Meister das Fahrtgebiet sowie die  $2 \frac{1}{2}$  des zu wenig gezahlten Lohnes. Doch Strafe (oder Nachde) mußte sein; der Maurer wurde entlassen. Da dieses jedoch wieder auf ungünstige Weise gejagt, Nagte der Maurer abermals und schmal auf  $42 \frac{1}{2}$  Lohn wegen fühlungsloser Entlastung. Diesmal schüttete der Meister seinen Bartier zum Termin. Der Bartier erklärte dort, der Maurer sei garnicht entlassen worden, sondern er hätte nur aussehen müssen wegen Frost. Diese Behauptung des Bartiers war recht sonderbar, da der Frost erst einen Tag nach der Entlastung einsetzte und außerdem die übrigen Maurer auch während des Frostes arbeiteten. Auf die Aussage des Bartiers tonnte der Maurer wieder anfangen zu arbeiten, er hatte jedoch kaum die Baustelle betreten, als ihm auch schon gefündigt wurde und am 4. Januar flog er auf's Pflichter. Dort, wo die Maurer starke Organisationen haben, müssen die Unternehmer in den geschilderten Grenzen halten, doch wehe dem Arbeiter, welcher sein Recht verlangt, wo keine starke Organisation hinter ihm steht. Wegen die Maurer alterorts aus solchen Vorlommitten immer wieder die Leute ziehen, wie notwendig der feiste Zusammenstoß aller ist.

Am 7. Januar hielt der Zweigverein Weißert seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche "in" ausnahmsweise wieder von allen Mitgliedern besucht war. Der Vorsitzende begrüßte die Kollegen zum neuen Jahre und sprach dabei die Hoffnung aus, daß die Kollegen im neuen Jahre den alten Siedlungsraum abthün und dafür eintreten, daß in diesem Jahre das erreicht werde, was zu erreichen im vorigen Jahre nicht möglich war. Hieran hielt der Sauerwirksende, Kollege Kahl aus Dortmund, einen lehrreichen Vortrag über: "Die schwäbische und die Aussagen der Organisation". In Stören, verständlichen Worten, führte er den Kollegen die Urtaten der Krise vor Augen. Groß sei, auch die Arbeitslosigkeit im rheinisch-westfälischen Industrie- und Kohlenrevier, nur die Bauarbeiter könnten noch einzutragen von Blut sagen, während diejenigen in anderen Landesteilen Deutschlands ebenfalls schwer unter dem Druck der wirtschaftlichen Depression zu leiden hatten. Redner führt nun mehr einige Beispiele von der Humanität der Unternehmer an und vertritt dann auf das verschwindende Leben der oberen Klassen. So beginzt z. B. der Sohn eines Konfektionärs, der ein jährliches Einkommen von  $\text{M} 12000$  hat, von seinem Vater ein höheres Lohnengelde, als mancher Arbeiter jährlich verdiente. Die Unternehmer benutzen die Zeit der Krise dazu, um die Löhne der Arbeiter zu drücken und ihnen schlechte Arbeitsbedingungen aufzuhängen. Dies habe auch die Dortmund-Bauernung ihm wollen, indem sie ihren Arbeitern einen Arbeitsarbeits aufzubürden, der einer Buchthaussauna sehr ähnlich sehe. Dank der guten Organisation in Dortmund sei es aber gelungen, das brutale Ansinnen der Innung zurückzuweisen. Zum Schluß ermahnte Stelle Stahl die Kollegen, seit und treu zu der Organisation zu halten und für den Ausbau derselben zu agitieren, es sei wo es sei. Kein Kollege dürfe zurücktreten, denn nur die Organisation sei das Mittel, durch daß wir uns eine bessere Existenz erkämpfen könnten. Der Vortrag ward mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einigen den Vortrag ergänzenden Ausführungen des Vorsitzenden verlas der Kassier die Abrechnung vom vierten Quartal, welche von der Versammlung bestätigt wurde. Rummels erhielt der Vorsitzende den Jahresbericht. Am Laufe des Jahres haben 22 ordentliche und eine außerordentliche Mitgliederversammlungen stattgefunden, zwei davon wegen zu schlechten Verhältnissen und zwei feiertagsähnlicher. Außerdem fanden noch zwei öffentliche Bauarbeiterversammlungen, in denen die Kollegen Ruth, Hartwig-Dresden und Edith-Brandenburg Vorträge hielten. Auch fand noch eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, welche besonders von dem Zweigverein Berlin ausging, und in welcher Frau Louise Ries-Hamburg referierte. Außerdem wurden drei Blaugitterverhüllungen vorgenommen, zwei davon gingen von dem Zweigverein aus und eine vom Hauptvorstande. Delegierten wurden dreimal vom Zweigverein gewählt. Dovon waren ein Delegierter auf den Verbandsstag in Mainz, zwei Delegierte auf der Bauarbeiterkonferenz in Elberfeld und ein Delegierter auf den Verbandstag in Löwenberg. Waren wurden im Jahre 1901 verlaufen: 25 zu  $50 \frac{1}{2}$  =  $\text{M} 12,50$ , 618 zu  $40 \frac{1}{2}$  =  $\text{M} 245,20$ , 404 zu  $25 \frac{1}{2}$  =  $\text{M} 101$ . Streifondärnale: 35 zu  $20 \frac{1}{2}$  =  $\text{M} 7,18$  zu  $10 \frac{1}{2}$  =  $\text{M} 1,80$ , in Summa  $\text{M} 887$ . An die Haupt-

losse wurden abgesandt. M. 25496. Kassenbestand in der Poststelle war am 1. Januar 1901 M. 15488. Hierzu die Einnahme von M. 89,03, macht zusammen M. 25491; die Ausgabe betrug M. 121,35, mithin ergibt sich ein Verlust in der Poststelle am 1. Januar 1902 von M. 131,56. Mayenrevisionen haben 15 stattgefunden, davon zwei durch den Hauptvorstand und zwei durch den Gauvorstand Darmund. Wochentests waren für das Jahr 1901 bis zum 7. Januar 1902 entrichtet. 18 Kollegen voll bezahlt, ein Kollege war eine Woche, zwei Kollegen drei Wochen, zwölf stellten fünf Wochen, zwei Kollegen acht Wochen, ein Kollege neun Wochen, ein Kollege zwölf Wochen, ein Kollege 14 Wochen und ein Kollege 15 Wochen rückständig. Reiseunterstützung gaben sie vom 1. 7. 1901 bis 1. 1. 1902 79 Kollegen. Die Bibliothek wurde leider nur zweimalig benutzt. Im Laufe des Jahres gingen bei dem Zweigverein 160 Postsendungen ein, aus gingen 68 Postsendungen und eine Depesche. Die Mitgliederzahl betrug am 1. 7. 1901 16, aufgenommen wurden im Jahre 25 Kollegen, ausgetreten sind zwei, wegen Seelengeistrich drei Kollegen. Zugereist und angemeldet hatten sich 27 Kollegen, aber nicht im Ganzen 35 Kollegen, aber nur neun haben sich abgemeldet; letzter Mitgliederstand im Zweigverein 28 Kollegen. Im folgenden Punkt wurde die Vorstandswahl mittels Stimmzettel vorgenommen. Zwei Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Die heilige Pflicht eines jeden Vorstandsmitgliedes muss es auch sein, daß endlich einmal hier am Orte und in der Umgebung, wo noch viel zu tun ist, bleibt, die Organisation einen festen Fuß fapt. Ein jeder Kollege, der organisiert sein will, muss dazu mitmachen. Die Versammlungen finden von jetzt an jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat. Abends 8½ Uhr in der "Baldestift" statt. Zum Schlussermahne der Vorsitzende noch den Kollegen, sich außer der politischen Organisation anzuschließen. Von keinen Arbeitern dürfen die sogenannten Häfeblätter gelesen werden, keine Nächte werden nur voll und ganz verbracht in der Arbeitersippe.

Am Sonntag, den 12. Januar, fand im Palast des Herrn Ribbe in Weimar die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete den Geschäftsbericht. Darin haben statthaft gefunden zehn Mitgliederversammlungen und eine öffentliche. Die Mitgliederversammlungen waren im Allgemeinen schlecht besucht; es waren von 150 Mitgliedern im Durchschnitt nur 33 Mitglieder anwesend, davon war die höchste Besuchsziffer 61, die niedrigste dagegen 17. Es ist dieses ein Resultat, das lange nicht als befriedigend angesehen werden kann, denn nur in den Versammlungen kann man über die allgemeine Lage diskutieren und sich aufklärung verschaffen. Es wird deshalb an jeden Kollegen appelliert, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen; die bisherigen Versammlungen waren vielmehr anstrengend. Vorstandssitzungen haben 21 stattgefunden, darunter zwei großer Sitzungen. Der Verlust der Vorstandssitzungen lässt eben so viel zu wünschen übrig. Die Jahresabrechnung schließt ab mit M. 1422,59 Einnahme und Ausgabe für die Hauptstelle. Die Poststelle hatte eine Einnahme von M. 477,55 und eine Ausgabe von M. 105,30, verlor ein Bestand von M. 67,75. Dem Kassierer übertriefen wurden M. 5 für verlorenen Material aus der Poststelle als Dienstleistungszug buchgeführt. Hierauf wurde über den vorgelegten Entwurf eine freie Einigung der Unterschriften von 63 für den Zweigverein Berlin diskutiert und angenommen. Nunmehr erfolgte die Neubildung der Erweiterung. Ferner beschloß die Versammlung, den Kollegen lange im Verband wieder aufzunehmen. Es wurde jedoch von dem Kollegen Content auf die am 2. Februar für Berlin und die Vororte stattfindende Arbeitslosenzählung hingewiesen und sammtliche Kollegen angefordert, sich der Organisation an diesem Tag zur Verfügung stellen, damit die Zahlung gewissenhaft durchgeführt werden kann. Das Wahre hierüber wird noch bekannt gemacht. Hierauf schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Vorsitzende die Versammlung.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

Dresden. In der Nacht vom 15. auf den 16. Januar starb das auf der Ostseite zum Mittelbau des Kultusministeriums auf der Carololehalle gehörige Bau, bestehend aus dem Dachgeschoss und dem Untergeschoss. Die Schild darauf mag in dem orkanartigen Sturm, der diese Nacht wütete, zu jagen sein. Das Gerüst war erst kurz zuvor aufgestellt, das heißt, erhöht worden, und es war auch zum Steintransport notwendige Maschine nebst zehn Meilen langen Schlänen aufgestellt, die ebenfalls total zerstört am Boden liegt. Die Rüstbäume sind wie Strohhalme in der Höhe des Mauerwerks abgebrochen und sind die Rahmen und Bänder vier- bis fünfmal gelndigt und zerdrückt. Auch an dem Mauerwerk und an der unter liegenden fertigen Steinhauerarbeit ist bedeutender Schaden zu verzeichnen, so daß den betreffenden Zimmermeister ein hoher Verlust treft. Ein wahres Glück, daß Niemand bei dieser Katastrophe am Bau beschäftigt war, denn am Tage sind gerade an dieser Stelle sehr viele Arbeiter mit dem Materialtransport in Thätigkeit. Ob auch zu diesem Gerüst alles, zu diesem Zwecke schon einmal gebrauchtes Holz verwendet wurde, konnte vorläufig nicht festgestellt werden. Aufschluß darüber wird aber die nächste Untersuchung ergeben.

M. 8101. Sachsen an der Schwarzwälder Straße in Pettenbach beschäftigte Maurer wurden wegen drohenden Hochwassers die Baumaterialien in Sicherheit bringen. Als sie das Gerüst betraten, stürzte dieses ein und die Arbeiter fielen in die Weisheit, nur einer konnte gerettet werden, die anderen fünf ertranken.

## Aus anderen Berufen.

Verbandsstage. Der Verband der Hofsarbeiter hält in der Woche vom 26. Januar bis 1. Februar seine Generalversammlung in Hamburg ab. — Der Verband der Steinseher wird seinen Verbandsitag am 17. Februar und folgende Tage in Mainz abhalten. — Der Verband Deutscher Gastwirthe hält seinen Verbandsitag auf den 18. März nach Mainz einberufen, der Verbandsitag der Buchdrucker. — Hofsarbeiter und Arbeitersinnen findet zu derselben Zeit in Berlin statt.

Am 29. und 30. März, den Ostermontag und Osterdonnerstag, findet in Kelheim die 1. christliche Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Neben diesem Verbandsstag liegt zu gleicher Zeit in Kelheim der Bergarbeiterkongress. Am 31. März und folgende Tage wird in Magdeburg die 1. christliche Generalversammlung des Verbandes Deutscher Bergarbeiter stattfinden und am 4. Mai beginnt in Mainz der Verbandsstag des Hofsarbeiterverbandes.

Der Verband der Stoffarbeiter hatte für die Hauptstelle im 3. Quartal eine Einnahme von M. 6435,09 insl. Kassenbestand von M. 692,87. Die Ausgabe belief sich auf M. 4231,83 darunter für das Fachorgan M. 978,22, für Streitunterstützung M. 156, für Weisheitsunterstützung M. 978,28. Die Zahl der Mitglieder betrug 1949.

\* Der Verband der Schuharbeiter und Schneiderinnen vereinnahmte im zweiten Quartal M. 83700,90, wovon der Hauptsozialfonds M. 17197,72 zustehen. Die Ausgaben der Hauptstelle beliefen sich auf M. 10359,07, darunter M. 5183,80 für das Fachorgan. Der Verband bringt am Quartalsabschluß 18711,47, davon M. 2881,18 in den Festsälen. Die Mitgliederzahl ist von 16742 im zweiten Quartal auf 16418 zurückgegangen.

\* Der Centralverein der Bildhauer hat unter der gewöhnlichen Art ganz außerordentliche Aufruhrungen für die arbeitslosen Mitglieder zu machen. Im ersten Quartal 1901 betrug die Summe der Unterstützungen für Arbeitslose am Orte M. 28730, für das laufende Quartal schätzt der Vorstand die notwendige werdende Summe sogar auf nicht unter M. 85 000. Der Vorstand schlägt nun den Verwaltungsstellen, um auch bei eventuellen Abwehrzeiten gerüstet zu sein, vor, der den 7. Woche M. 3. an auf vorläufig 18 Wochen einen Ertragsbetrag von 10 % pro Woche zu erheben. Wenn sich die Mehrzahl der Verwaltungsstellen für den Antrag erklärt, gilt derselbe nach § 23 des Statuts als angenommen.

\* Kein Maurer nach Stockholm! Die Bauminnehmer Stockholms wollen die Höhe der Mauer um 10 vgl. herabsetzen. Die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der beiden seitlichen Organisationen stattfanden, haben bis jetzt zu keiner Einigung geführt.

\* Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beider Westen. Nach einer Zusammenstellung des Arbeitsamtes von New York ist die Zahl der in den Industriestaaten organisierten Arbeiter folgende: England kommt an erster Stelle mit 1905 116; Iodann kommt die Vereinigten Staaten Nordamerikas mit Kanada mit 1901 000. Iodann folgt Deutschland mit 995 435, Frankreich mit 558 882, Irland mit 187 73, Dänemark mit 101 000, Ungarn mit 64 000, Schweden mit 58 840, die Schweiz mit 49 034 und endlich Spanien mit 31 558.

## Polizei und Gerichte.

\* Aus Obertribünen erhalten wir folgende Zuschrift: "Der Maurerpatriot Erich hat in Nr. 2 des "Grundstein" eine Verbindung gebracht, in welcher er betont, in Nr. 10 "Grundstein" besprochenen Artikel betreffs der Beleidigungslage Erich gegen Ruth als den Thatsachen nicht entsprechend darstellt und außerdem, was ihm wohl die Weisprache ist, meine Person in gefährlicher Weise anzusehen, Erich befreite nämlich mich als Sozialisten bezeichnet zu haben. Ich erkläre hiermit, daß seine ganzen Ausführungen vor Gericht dagegen zugespielt waren, dem Gericht wäre zu legen, welcher Partei ich angehöre. Ich verweise ihn im Übrigen auf die gerichtlichen Bestellungen.

Statt den betreffenden Artikel einer weiteren Veröffentlichung zu unterziehen, zieht es vor, den Verbandskollegen vor Augen zu führen, was für ein schlechter Kerl der Kollege Erich ist. Als Probe meiner Schlechtigkeit führt er aus: "Ich mache den Leuten etwas weis". Den Wahrheitsbeweis, den er dafür zu erbringen sucht, ist folgender:

1. Am 1. Februar 1899 nach der Aushebung in Frankfurt a. M. die Unternehmer in ihrer Arbeitsordnung einen Basis einzuführen, wonach jeder eingestellte Maurer die schriftliche Erklärung abgeben mußte, nicht Mitglied des Centralverbandes zu sein; da die Lage der Maurer Frankfurt eine kritische war, so beschlossen die organisierten Maurer, sich vorläufig demselben zu fügen und zur geplanten Zeit die Maßnahme der Unternehmer zurückzuweisen. Wegen dieser Tatsat der Organisation nach einem verloren gegangenen Kampfe, muß ich nach Ansicht des christlichen Maurerpatriots Erich ein schlechter Kerl sein, der den Leuten etwas weis macht. Wäre ich in diesem wirtschaftlichem Kampfe womöglich Streitverteiler gewesen, würde mir vielleicht von der christlichen Organisation ein Orden zu Theil geworden sein.

2. Zeigtigt er mich der berufsmöglichen Aufforderbeit

Er macht hierbei den Versuch, einen Fall zu erzählen, welcher sich im Jahre 1900 in Frankfurt abgetragen hat. Ein Parteidurchführer, welcher in demselben Stadtbezirk schon 14 Bauten in Auftrag genommen hatte und, nebenbei bemerkt, lauter Streitbrecher bestätigte, versuchte auch hier sein Unwesen zu treiben, wodurch sich der Patriar des Betriebs veranlaßt sah, die Arbeiten selbst zu übernehmen. Als der Bau sich bereits im zweiten Stockwerke befand, fing er dort an zu arbeiten. Ein kleiner Nebenbau, den der Patriar dort erzielt, wurde von ihm proportional an sämtliche dort beschäftigten Kollegen nach der geleisteten Stundenzahl verteilt. Aus diesem Grunde stampft er mich zum berufsmöglichen Aufforderbeit. Hierzu hätte ich zu erkennen, daß der betreffende Patriar ehrlich und korrekt gehandelt hat. Ob andere Patriare, die sich christlich nennen, es den Kollegen verschreiben, daß sie Arbeit in Aufforderbeit ausführen und sich auf deren Kosten bezeichnen, will ich unveröffentlicht lassen. Ich reicht geschmeidiger Weise nimmt sich nun Erich des Verbands an (welches ein Schreiber) und versucht, dem Vorstande klargulegen, daß die höchste Baustelle durch ihren schlechten Kollegen Ruth zurückgegangen sei. Erich scheint nicht zu wissen, daß gerade "er" dazu begegraben hat, den geistigen Kampf der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum durch Sonderorganisationen zu zerstören, auch scheint er, als Kriegervereinsmitglied, nicht zu wissen, welcher Kampf von dieser Seite gegen unsere Organisation geführt wurde. Bekanntlich wurde den Mitgliedern des Kriegervereins ein Abovers vorgelegt, daß sie nicht dem Maurerarbeiterband angehören. Erich und seiner Angehörigen haben es damals vorgesogen, "Krieger" zu bleiben. Hedenfalls hat auch Erich dazu

beigetragen, daß dieser Verbandszug zu Stande gekommen ist. Denn dieser Verbandszug wurde im Jahre 1900, zur Zeit der Gründung der christlichen Organisation, gefaßt.

Bum Schlüsse bemüht Erich, daß eine große Anzahl unserer Kollegen schon Jahre lang bei ihm beschäftigt wäre und er sich bei dieser großen Beliebtheit erfreue. Zur Illustration dieser unwahren Behauptung verlaube ich mir, den Kollegen folgendes vor Augen zu führen: Im Jahre 1900, als unser Kollegen auf eine ganz unsanierte Weise aus dem Geschäft, wo Erich als Patriar thätig ist, hinausgedrängt wurden, war es leider keinen organisierten Kollegen möglich, dort noch einzutreten. Der beste Beweis dafür ist, daß in diesem Herbst ein Kollege das "Glück" hatte, dort in Arbeit zu treten; aber seine Freude sollte mir von kurzer Dauer sein, denn am nächsten Tag erhielt er statt der vereinworteten 38 S. nur 36 S. pro Stunde ausbezahlt. Dieser Fehler wandte sich der betreffende Kollege in Gegenwart von Erich an die Firma, welche ihm erklärte, wenn er noch Geld für den Verband übrig habe, so könne er auch billiger arbeiten. Statt daß Erich als einfallsreicher Patriar bei der Firma diese zurechtwies, daß man einem Arbeitern das Koalitionsrecht nicht rauben dürfe, hozu er sich aller Bemerkungen.

Wenn "er" sagt, daß meine Handlungswweise, welche mir unter organisierten Arbeitern nur zur Ehre gereichen kann, traurig und unmoralisch sei, so sage ich, "traurig und unmoralisch ist es".

Wenn ein christlicher Arbeiter für den Brotrücker eintritt.

Wenn einer den geeinten Kampf der Arbeiter zu zerstören sucht.

Wenn einer versucht, die Versammlungen der freien Gewerkschaften, unter Abweichung von der Tagessordnung, zu Maßnahmen zu gestalten.

Wenn einer Leute, welche ihre ganz Kraft der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellen, herauszuziehen sucht.

Zudem ich glaube, die Sache genügend aufgelaßt zu haben, betrachte ich dieselbe für mich als abgeschlossen.

Peter Bühl, Maurer.

## Eingegangene Schriften.

Die Nr. 2 des "L'Operario Italiano", welche mit Nr. 4 des "Grundstein" zum Verband kommt, hat folgenden Inhalt: Eigentum (Gedicht). — Reaktion und Gewerkschaften. — Der Weltkrieg im Maurerberband. — Eine interessante Statistik. — Gewaltige Jugend. — Der Verbandsstag der Dachdecker. — Die Krankheiten nach den Berufen. — Die Opfer des Kolberger Streiks. — Bohn- und Streitbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Verhältnisse vom Inn und Ausland.

"Neue Zeit" (Stuttgart, Dieb's Verlag) 16. Heft des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Bülow's Woche. — Die Streiks in Frankreich im Jahre 1900. Von Hubert Bagard. — Dauermeld. Von D. Bach. — Kaufmännische Schiedsgerichte. Von Heinrich Swienty. (Schluß). — Gartenbau und Landwirtschaft. — Wirtschaftliche Umfrage. Von Heinrich Gunow. — Feuerstellen: Die Stellung des Menschen im organischen Stammbaum. Von Curt Grooteck.

"Der Arbeitsmarkt", Halbmonatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktsstudie ( Herausgeber Dr. J. Jastrow) Berlin, Verlag von Georg Meiner. Die als Organ des "Verbandes deutscher Arbeitsschwäche" erscheinende Zeitschrift enthalt in Nr. 8 des 5. Jahrganges unter Anderem: Die Bilanz der Verdichtung in Stadt und Land. — Mundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben. — Statistisches Monatsmaterial. — Literarische Neu-Erscheinungen. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsmarkts-Verbanden. — Beilage: Mitgliedsliste des Verbands deutscher Arbeitsschwäche nebst zahlreichen Angaben über Dezzember 1901.

## Briefkasten.

\* Einezahl Berichte und sonstige Einsendungen mithin wegen Platzmangels zurückgestellt werden. Mühlhausen i. Th., K. Bei dem jetzt wieder eingetretene großen Andrang von Versammlungsberichten müssen es uns verfügen, die den Berichten angefügte Erwähnung der Schriftsteller an die Kollegen mit zum Abdruck zu bringen. Wenn solche Erwähnungen notwendig sind, dann werden sie besser in Form eines kleinen Flugblattes den Kollegen übermittelt.

Biegnitz, G. M. Gegen den Verfeind, durch welchen der Anspruch auf Rente abgedreht wird, können Sie innerhalb Monatsfrist schiedsgerichtliche Entscheidung beantragen. Biegnitz ist das Schiedsgericht in Biegnitz.

Schriftsteller in Bromberg und Danzig. Ist es denn absolut notwendig, daß über jede Versammlung ein Bericht im "Grundstein" gebracht wird? Wir sind der Meinung, daß es genügt, wenn von Zeit zu Zeit über wichtige Versammlungsergebnisse und Vorträge im gewerblichen Leben Mitteilungen in unserem Blatte gebracht werden.

Landsberg a. d. W., K. Wegen übergeogenen Stoßandrangens müssen wir Ihnen sehr umfangreichen Bericht, dessen Veröffentlichung übrigens ja auch nicht so sehr ist, vorläufig noch zurückstellen.

Altenburg, 2. Richter, Wasserwaagenfabrikant. In dieser Stelle wollen wir bekannt geben, daß alte und invalide Maurer den Vertrieb Ihres Fabrikats übernehmen können, aber die Aufnahme Ihres Insolvenz müssen wir ablehnen; wir können mit Ihnen keine Ausnahme machen. Die eingefandene K. 8 stehen zu Ihrer Verfügung.

Marne, M. W. 1. Dazu kam der Bishof, leider nicht verständig, durch ihren schlechten Kollegen Ruth zurückgegangen sei. Erich scheint nicht zu wissen, daß gerade "er" dazu begegraben hat, den geistigen Kampf der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum durch Sonderorganisationen zu zerstören, auch scheint er, als Kriegervereinsmitglied, nicht zu wissen, welcher Kampf von dieser Seite gegen unsere Organisation geführt wurde. Bekanntlich wurde den Mitgliedern des Kriegervereins ein Abovers vorgelegt, daß sie nicht dem Maurerarbeiterband angehören. Erich und seiner Angehörigen haben es damals vorgesogen, "Krieger" zu bleiben. Hedenfalls hat auch Erich dazu

P. M. Im nächsten Jahre fällt Ostern auf den 12. April. Brackwede, T. B. Sie müssen sich um Aufklärung an den Verband des dortigen Zweigvereins des Maurerverbands wenden.

